

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur.

25. Woche für die Zeit vom 16. bis 23. Juni 1905.

Posen, den 23. Juni 1905.

Posen, den 20. Juni 1905.

Vericht

über die am 19. Juni d. Js. vom Vormittag 11¹/₄ Uhr ab im großen BazarSaale in Posen abgehaltene Versammlung des polnischen Provinzial-Wahlkomitees und der Kreis-Delegierten.

Eröffnet und geleitet wurde die Versammlung von dem päpstlichen Kammerherrn Cegielski, dem Vorsitzenden des Provinzial-Wahlkomitees, dessen sämtliche Mitglieder mit Ausnahme des Abgeordneten Dr. Chlapowski erschienen waren. Cegielski erinnerte an seinen verstorbenen Vorgänger auf diesem Posten, den Defans Antoniewicz-Bnin, pries ihn als „edle Gestalt“, „musterhaften Priester“, heißen Patrioten“ und als „unermüdblichen Arbeiter auf allen Gebieten“. Besonders die Tätigkeit im Provinzial-Wahlkomitee habe ihm bis in seine Krankheitsperiode hinein Freude gemacht. Seine Unparteilichkeit und seine Fähigkeit, Parteigegensätze auszugleichen, habe man gelegentlich der letzten Wahlen zu bewundern Gelegenheit gehabt. Redner habe sich vorgenommen, sein Amt in gleicher Weise zu verwalten, nach Möglichkeit die Gegensätze zu mildern, Eintracht zu säen und alles Trennende auszuschalten. Von diesem Grundsatz habe Redner sich übrigens während seines ganzen bisherigen Lebens leiten lassen. Parteistreitigkeiten seien ja für die Polen in ihrer jetzigen Lage ein schädlicher Luxus. Durch die Enttäuschungen, die Redner ungeachtet seines stets verständlichen Auftretens erfahren habe, werde er sich in der öffentlichen Arbeit nicht beirren lassen.

Das Andenken des Defans Antoniewicz wurde durch Erheben von den Sigen geehrt. Hierauf teilte Cegielski mit, Prälat Wawrzyniak sei an seiner Stelle zum stellvertretenden Vorsitzenden des Provinzial-Wahlkomitees gewählt worden.

Zu Schriftführern der Versammlung wurden berufen: Geistlicher Walczak-Kogasen und Rittergutsbesitzer St. v. Niegolewski.

Die Feststellung der Anwesenden ergab, daß sich die Delegierten von 36 Kreisen eingefunden hatten. Gegen die Fassung des vom Komiteeschritführer Dr. Krysiwicz verlesenen Protokolls der vorhergehenden Kreis-Delegiertenversammlung wurden Einwände nicht erhoben, ebensowenig gegen die vorgeschlagene Tagesordnung der gegenwärtigen Versammlung.

Es folgte die Wahl zweier Mitglieder des Provinzialwahlkomitees an Stelle des verstorbenen Defans Antoniewicz und des freiwillig

ausgeschiedenen Grafen Adam Zoltowski. Es wurde mittelst Stimmzetteln gewählt und zu diesem Zwecke die Versammlung auf 15 Minuten unterbrochen. Aus dem Akt gingen als gewählt hervor: Geistlicher Rat Mojzyfiwicz-Priement und Rittergutsbesitzer Kasimir v. Chlapowski-Kopaszewo. Letzterer lehnte wegen vorgeschrittenen Alters ab und daher wurde in einem neuen Wahlgange der Gutsbesitzer Wladislaus v. Grabski-Kurczewo gewählt.

Über die Frage der Wahlkassenorganisation in den einzelnen Kreisen referierte nunmehr der Schatzmeister des Komitees, Bankdirektor Wienckowski. Redner wies darauf hin, daß die Angelegenheit des Sammelns der Mittel zu Wahlzwecken in den meisten Kreisen noch recht im Argen liege. Das liege an dem Mangel an Fühlung innerhalb der Komitees. An das Provinzial-Wahlkomitee würden die verschiedensten Forderungen gestellt, aber der Mangel an Mitteln gestatte nicht, ihnen zu entsprechen. Infolge des im Vorjahre an die Kreis-Wahlkomitees gerichteten Aufrufs hätten 35 dieser Körperschaften für das abgelaufene Jahr insgesamt 1949 Mk. an die Kasse des Provinzialkomitees eingekandt und 29 Komitees hätten sich zur regelmäßigen Zahlung von insgesamt 2065 Mk. für das laufende Jahr verpflichtet. 416 Mk. würden nachträglich noch einkommen, sodaß das Provinzialkomitee im künftigen Jahre werde über 2481 Mk. verfügen können. Der momentan vorhandene Wahlfonds der Kreis-Komitees und des Provinzialkomitees belaufe sich auf 10 458 Mk.

Da die Wahlorganisationen in Oberschlesien, Berlin und im Westen noch nicht recht funktionierten, sei das neugebildete Zentral-Wahlkomitee nebst dem Informationsbureau fast lediglich auf die Mittel des Posener Provinzial-Wahlkomitees angewiesen.

Das Provinzial-Wahlkomitee habe festgestellt, daß es für jedes Jahr eines Fonds von etwa 8000 Mk. bedürfen werde, sodaß auf jeden der Kreise der Provinz ein Beitrag von durchschnittlich 200 Mk. entfiel. Diese Forderung wurde in Form einer Resolution festgelegt und darin zugleich die Einrichtung von Wahlvereinen in den einzelnen Kreisen zu Zwecken der Sammlung von Wahlmitteln empfohlen. Den Versammelten wurde hierfür folgendes Muster eines Wahlvereinsstatuts unterbreitet:

§ 1. Der polnische Wahlverein für den Kreis mit dem Siege in hat den Zweck, die Mittel zur Deckung der Kosten aller politischen und Kommunalwahlen im Kreise zu sammeln mit der Pflicht, sie dem Wahlkomitee für den Kreis zu überweisen.

§ 2. Mitglied des Wahlvereins kann jeder Bürger werden, welcher 21 Jahre alt ist und einen Jahresbeitrag von mindestens 20 Pf. entrichtet. Über die Aufnahme eines Mitgliedes entscheidet der Vorstand.

§ 3. Der Vorstand des Wahlvereins setzt sich aus 3 Mitgliedern, nämlich aus dem Vorsitzenden, dem Schriftführer und dem Schatzmeister zusammen.

§ 4. Der Vereinsvorstand wird aus den Mitgliedern des Wahlkomitees für den Kreis in der im Dezember jeden Jahres abzuhaltenden Generalversammlung gewählt. Die Generalversammlung wählt auch 3 Vertreter der Vorstandsmitglieder aus der Mitte des Wahlkomitees für den Kreis In der Generalversammlung erstattet der Schatzmeister Bericht über den Stand der Kasse, und eine besondere, aus drei Mitgliedern bestehende, durch die Generalversammlung gewählte Revisionskommission bestätigt den Stand der Kasse.

§ 5. Mitglied des Vereins hört auf zu sein, wer mit dem Beitrage 3 Jahre im Rückstande bleibt oder wer durch den Vorstand aus andern Gründen ausgeschlossen wird. Dem Ausgeschlossenen steht das Recht zu, an die Generalversammlung als an die letzte Instanz zu appellieren.

§ 6. Im Falle der Auflösung des Vereins geht das Vereinsvermögen in den Besitz des Instituts über, das der Vorstand nebst dem Wahlkomitee für den Kreis bestimmt.

In der Diskussion über diesen Punkt erklärte der Delegierte Bartkiewicz-Görchen, das Wahlkomitee für den Kreis Rawitsch habe beschlossen, den bisherigen Beitrag von 20 Mk. auch in Zukunft an das Provinzialwahlkomitee zu entrichten. Für die im September d. Js. abzuhaltende Kreiswählerversammlung sei die Gründung eines Wahlvereins für den Kreis Rawitsch in Aussicht genommen, und dann werde man wohl im Stande sein, den Beitrag zu erhöhen.

Der Schriftführer des Provinzial-Wahlkomitees betonte, das Inanspruchstellen eines prozentualen Teiles der Einnahmen der Kreiskomitees genüge nicht, da das Provinzialkomitee in Stand gesetzt werden müsse, mit bestimmten Summen zu rechnen.

W. v. Chelmiecki, Delegierter des Kreises Gnesen, erklärte, die Kreiskomitees könnten die Forderungen des Provinzialkomitees nicht vollständig berücksichtigen. Mit dem Vorschlage der Gründung von Wahlvereinen sei er einverstanden.

Konczynski, Delegierter des Kreises Wągrowitz, stellte fest, daß dem dortigen Kreiskomitee eine Jahreseinnahme von etwa 380 Mk. sicher sei und daß von dieser Summe mit Leichtigkeit würden 120 Mk. an das Provinzialkomitee abgeführt werden können. Die Gründung eines Wahlvereins für den Kreis Wągrowitz erübrige sich mithin, ja, sie sei nach seiner Ansicht sogar nicht zu empfehlen, da es dem Vereinsvorstande schwer sein werde, den vereinsgesetzlichen Bestimmungen hinsichtlich der Meldepflicht der Neubetreitenden zu entsprechen.

Der stellvertretende Vorsitzende des Provinzialkomitees, Prälat Wawrzyniak, hob hervor, daß alle Anwesenden sich wohl bewußt gewesen seien, daß das Provinzialkomitee zur Durchführung seiner Aufgaben viel Geld brauche. Neu sei für viele, daß jährlich etwa 8000 Mk. nötig seien. Mancher glaube, wenn jeder Kreis etwa 20 Mk. beisteuere, so sei das genug. Für alle möglichen neuen Vereine müsse beige-steuert werden. Neuerdings sei der Straz-Berein gegründet worden, von dem allgemein geglaubt werde, er werde über große Mittel verfügen und könne

dann auch zu Wahlzwecken spenden. Umgekehrt dürfte vielleicht der Straz-Berein seinerseits glauben, auf Unterstützung seitens des Provinzial-Wahlkomitees rechnen zu können. Die Überzeugung sollten die Anwesenden mit nach Hause nehmen, daß ein Beitrag von 20—30 Mk. seitens jedes Kreiskomitees ganz unzureichend sei. Redner sei der Ansicht, daß das Provinzialkomitee mit einem Etat von 8000 Mk. jährlich nicht auskommen werde. Diese 8000 Mk. mechanisch auf 40 Kreise zu verteilen, so daß auf jeden 200 Mark Beitrag entfielen, wäre ungerecht; denn manchem Kreise falle es leichter 200 Mk. aufzubringen, als einem anderen 20 Mk. Ferner müsse berücksichtigt werden, daß von den Mitteln jedes Kreiskomitees nur ein Teil an das Provinzialkomitee abzuführen sei, da doch die lokalen Wahlbedürfnisse den größten Teil der Mittel jedes einzelnen Kreiskomitees absorbierten. Nehme man den Kreiskomitees zu viel von ihren Mitteln fort, dann stagniere die Wahlagitation in den einzelnen Kreisen. Wie sollten nun die Mittel gesammelt werden? Das Sammeln von Haus zu Haus sei als Kollektieren von der behördlichen Genehmigung abhängig. Teller-sammlungen in Versammlungen dagegen seien ohne weiteres zulässig. Im Kreise Mogilno sei die Sache so arrangiert worden, daß die Wähler dahin instruiert wurden, freiwillige Spenden bestimmten Vertrauens-männern hinzutragen. Das sei zwar statthaft, der Erfolg habe aber den Erwartungen nicht entsprochen. Man sei daher zu der Einsicht gelangt, daß die Gründung eines Wahlvereins das sicherste Mittel sei, um zum Ziele zu gelangen.

v. Brzeski (Mitglied des Provinzialkomitees) stellte fest, daß in den Kassen der Kreiskomitees vielfach Leere herrsche. Das sei bedauerlich, denn der Ausfall der Wahl hänge sehr oft davon ab, daß hier und da energisch agitiert werde. Dazu aber gehöre Geld. Bei der letzten Wahl im Wahlkreise Schubin—Znin habe man im letzten Augenblick in einer Ecke, an die man vorher nicht gedacht hatte, — in Gonsjawa — eine Versammlung veranstaltet und durch die dort entfaltete Agitation einen schätzungsweisen Stimmen-zuwachs von 1000 Köpfen erzielt. Es empfehle sich, recht viel Versammlungen abzuhalten und in ihnen Geldsammlungen zu veranstalten. Das Volk gebe an dieser Stelle gern zu einem nationalen Zweck und lasse sich durch die Aussicht, hierzu beitragen zu müssen, keineswegs vom Besuch der Versammlungen abschrecken.

Dr. Rubacki — Delegierter des Kreises Pleschen — schilderte die Erfahrungen des dortigen Wahlvereins. Derselbe habe die besten Erfolge zu verzeichnen. Die Stadt Pleschen allein bringe 500 Mk. an Mitgliederbeiträgen auf. In der konstituierenden Versammlung sei sogleich eine große Zahl von Mitgliedern beigetreten, und Personen, denen man solche Leistungen nicht zutraute, hätten weit mehr für den nationalen Zweck hergegeben, als man von ihnen erwartete und forderte. Konflikte mit der Polizei habe der dortige Wahlverein nicht gehabt, auch hinsichtlich der Anmeldepflicht nicht. Nur einmal im Jahre würden neue Mitglieder aufgenommen und Beiträge gezahlt und die polizeiliche Meldung der neuen Mitglieder werde daher auch nur einmal im Jahre fristgerecht erstattet.

v. Rzepecki — Delegierter des Kreises Posen Stadt — gab seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß Kreise wie Krotoschin, Breschen, Samter, Witkowo eine so kleine Quote an das Provinzialkomitee eingesandt hätten und er befürwortete auf Grund der glänzenden in der Stadt Posen damit gemachten Erfahrungen die Gründung von Wahlvereinen. 12 Kreiswahlkomitees hätten sich seines Wissens schon dazu bereit erklärt.

Dr. Celichowski — Delegierter des Kreises Schrimm — erklärte das Provinzialwahlkomitee für berechtigt, von den Kreiskomitees die Einsendung von Beiträgen zum Wahlfonds zu fordern. Er bezweifelte jedoch, daß es richtig sei, die Sammlung dieser Fonds vermittelt zu begründender Wahlvereine vorzunehmen. Das im Kreise Schrimm beobachtete Verfahren der Sammlung eines entsprechenden Fonds auf dem Wege freiwilligen Beistehens sei vorzuziehen.

Die vom Schatzmeister des Provinzialkomitees vorgeschlagene Resolution wurde dahin abgeändert, daß die gemeinsame alljährliche Aufbringung eines Wahlfonds von 8000 Mk. den Wahlkomitees in ihrer Gesamtheit auferlegt werde, ohne Festlegung des Pflichtbeitrags von 200 Mk. für jeden Kreis.

v. Mycielski — Delegierter von Samter — bestritt, daß dieser Kreis zu wenig Beiträge zum Wahlfonds gespendet habe.

Radziejewski — Delegierter des Kreises, Schildberg — legte in Übereinstimmung mit dem Delegierten v. Komierowski dar, daß man die einzelnen Kreise nicht alle mit gleicher Elle messen dürfe, da der Geist, der in ihnen wehe, nicht überall der gleiche sei. Sei es ihm doch fast unmöglich gewesen, im Kreise Schildberg Vertrauensmänner für den Marcinkowskiverein zu gewinnen, so groß sei die Angst vor dem Distriktskommissar. Man solle den einzelnen Kreisen Freiheit darin lassen, wie sie die Wahlbeiträge aufzubringen gedächten.

Delegierter Geistlicher Rat Mojzykiewicz-Priment bat, die Wahlvereine in den einzelnen Kreisen möglichst gleichmäßig zu gestalten und eine Kommission einzusetzen, welche zu bestimmen hätte, wieviel jeder Kreis zum Wahlfonds beizusteuern habe und welche ferner die verschiedenen Bedenken hinsichtlich der Art und Weise der Sammlung des Wahlfonds allseitig zu prüfen hätte.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung „Alljährliche Abhaltung von Informationsversammlungen in den Kreisen“ nahm der stellvertretende Vorsitzende, Prälat Wawrzyniak, das Wort:

Im Jahre 1898 — so führte er aus — sei in einer in Mogilno abgehaltenen Kreiswählerversammlung eine heut von ihm verlesene Resolution angenommen worden, in welcher die Abhaltung periodischer Wählerversammlungen in den einzelnen Städten des Kreises zum Beschluß erhoben wurde. Der Reihe nach hätten gemäß diesem Beschlusse derartige Informationsversammlungen stattgefunden

im Jahre 1899 in Mogilno,
„ „ 1900 „ Tremessen,
„ „ 1901 „ Pakosch,
„ „ 1902 „ Gembik,
„ „ 1903 „ Mogilno.

In allen diesen Versammlungen seien neben der Erstattung parlamentarischer Rechenschaftsberichte seitens der Abgeordneten des Kreises verschiedene Angelegenheiten aus dem Gebiet der politischen und der Kommunalverwaltung, der Schule, der Ansiedlung, Fragen, betreffend die bürgerliche Gleichberechtigung der Polen usw. behandelt, auch sei über die Tätigkeit des eingerichteten Ehrengerichts gesprochen worden. Den Wählern habe diese Einrichtung periodischer Versammlungen sehr gut gefallen. In Zukunft soll daher auch darauf Bedacht genommen werden, in einzelnen Dörfern des Kreises derartige Versammlungen abzuhalten. Die Einzigen, denen diese Einrichtung nicht gefalle, seien die Kreisbehörden. Wenn man sich diese Behörden in solchen Versammlungen — wie der Deutsche sage — einmal so recht „vornehme“, so stünden den Bauern die Haare zu Berge. Wie könne

man — so dächten sie bei sich — in diesem Tone von so hohen Herren sprechen? Im Kreise Mogilno habe nach des Redners Ansicht der Bauer jetzt nicht mehr solche Angst vor den Behörden wie sein Genosse im Kreise Schildberg. Und in der Tat, derartige Versammlungen müßten vorteilhaft auf die Bildung des Bürgerbewußtseins und auf die Klärung des Verständnisses für öffentliche Angelegenheiten einwirken, sofern man mit kurzen, leichtverständlichen Belehrungen über die wirtschaftliche Lage und über die sozialen Verhältnisse der Polen vor die Wähler trete, statt sich in hochtrabenden Redensarten über unverdauliche politische Probleme und Parteifragen zu ergehen. Redner bezweifelte, daß die Gründung neuer Organisationen wie derjenigen des Straz-Vereins nötig sei. Seines Erachtens könnten die bereits bestehenden politischen Organisationen — Fraktionen, Provinzialkomitee, Kreiskomitees — die Aufgabe des neuen Straz-Vereins ebenso gut ausfüllen wie dieser. Es müsse eben in der oben geschilderten Weise fünf Jahre lang vor jeder Wahl auf die Wähler eingewirkt und für die Wahlen vorgearbeitet werden, nicht erst in den letzten Augenblicken kurz vor dem Wahltermin. Je mehr neue Organisationen würden geschaffen werden, desto mehr würden die Kräfte zersplittert, desto mehr Titel und Ämter gebe es und desto weniger werde getan, weil der Eine sich auf den Andern verlasse und auf ihn sein Arbeitspensum abwälze. Die Wähler müßten, wie dies im Kreise Mogilno geschehe, fünf Jahre hindurch systematisch über ihre politischen und bürgerlichen Rechte und Pflichten belehrt werden, damit sie nicht als blinde Masse an die Wahlurne träten. Die Leute kämen übrigens gern in diese Versammlungen, selbst wenn keine Wahlen bevorstünden, denn sie seien ungeheuer neugierig. Diese Arbeit sei nach des Redners Ansicht nötiger als die vergebliche, mühevoll, kostspielige Agitation für Wahlen, die hier und da nach Lage der lokalen Verhältnisse vielleicht mit einem Mißerfolge der Polen enden müßten. Weit besser wäre es, wenn der ganze vergebens dabei aufgebotene Apparat zur Aufklärung der Wähler verwandt würde. Die Kreiswählerversammlungen kurz vor den Wahlen eigneten sich zur politischen Aufklärung nicht. Da seien die Leute leidenschaftlich erregt, es werde in den Versammlungen gebrüllt, die Einen träten für den, die Anderen für jenen Kandidaten ein und die meisten wüßten selbst nicht, was sie wollten. Ein Übelstand in der Praxis der Presse sei zu rügen. In ihrer Absicht, das Verschachern des polnischen Bodens zu verhindern und Agenten zu brandmarken, schieße sie oft übers Ziel, indem sie unkontrollierte, ihr zugehende Denunziationen aufnehme und damit häufig unbescholtenen, gut nationalgesinnten Personen schwere Ehrenkränkungen zufüge. Derartige unbegründete Verleumdungen seien durch hinterher aufgenommene Berichtigungen nicht mehr gut zu machen. Die zuverlässigste und kompetenteste Auskunftsstelle über polnische Kreiseinsassen und deren etwaige vom nationalen Standpunkt aus zu mißbilligende Handlungen und Absichten seien doch die Kreiskomitees. Bei ihnen sollten die Redaktionen vorkommendenfalls Auskunft einholen, ehe sie achtbare Leute öffentlich an den Pranger stellten. Vom Mogilnoer Kreiskomitee sei ein Ehrengericht eingerichtet worden, das über derartige Sachen entscheide. Das Kreiskomitee trete übrigens in jeder Hinsicht offen auf. Es verberge nichts vor den Behörden und melde alle seine Sitzungen polizeilich an. Die Ortspolizei habe von dem Komitee sogar ein Statut verlangt, doch habe das Komitee diesem Verlangen nicht entsprechen können, da ja die Kreiskomitees bekanntlich sämtlich keine besonderen Satzungen hätten, sondern nur auf Grund des für alle Kreiskomitees geltenden allgemein bekannten Reglements der Provinzial-Wahlorganisation

zusammentreten und funktionierten. Was Redner hier vorgetragen habe, sei ja zwar kein Universalrezept; doch beweise es, daß im Kreise Mogilno wenigstens etwas zur politischen Aufklärung der Massen getan werde, und daß man sich nicht darauf beschränken dürfe, die Wähler alle 5 Jahre einmal aus dem politischen Schlafe zu wecken.

Der Delegierte Dr. Rubacki-Pleschen stellte fest, daß in diesem Kreise das Muster des Kreises Mogilno bereits mit Erfolg nachgeahmt werde. Man habe sich auch dort überzeugt, daß der Erfolg um so größer sei, an je mehr Orten an der Aufklärung gearbeitet werde. Im Kreise Pleschen gebe es nur eine Stadt. Hier werde in jedem Jahre eine Wählerversammlung abgehalten. Auch für das laufende Jahr sei bereits eine solche in Aussicht genommen. Ferner habe man den Versuch gemacht, auch auf dem Lande solche Informationsversammlungen abzuhalten. Dabei stoße man aber auf Schwierigkeiten in der Raumfrage. Ihre Salons wollten die Gutsbesitzer zu diesen Zwecken nicht hergeben und daher müsse man in Scheunen Zuflucht suchen. Man gedenke aber in Zukunft jährlich 2—3 Versammlungen in den Dorfsrügen abzuhalten und zwar jedesmal wo anders.

Pfarrer Braun-Gr.-Dammer, Delegierter des Kreises Meseritz, berichtete, daß auch dort mit der Veranstaltung periodischer Versammlungen der Anfang gemacht worden sei. Diese Versammlungen seien stets sehr gut besucht.

Das Mitglied des Provinzialkomitees v. Brzeski hob die große agitatorische Bedeutung derartiger Versammlungen hervor. Hier müsse dem polnischen Volke begreiflich gemacht werden, daß es noch eine Macht sei, daß es etwas bedeute, daß es die Kraft und Energie besitze, seine nationalen Güter zu verteidigen und daß es seinen Kopf nicht in den Sand zu stecken brauche, wie der Strauß. Notwendig sei, daß an allen solchen Versammlungen Abgeordnete teilnahmen, gleichgültig, ob sie gute oder schlechte Redner seien. Das Volk wolle seine Vertreter sehen, es freue sich der Männer, die im Parlament so frei ihre Meinung äußerten. Das Wort der Abgeordneten wirke auf die Massen mehr ein, als das der regelmäßig auftretenden einheimischen Redner.

Der Schatzmeister des Provinzialkomitees Bank-direktor Wiencowski fühlte sich veranlaßt, für die Presse dem Prälaten Wawrzyniat gegenüber eine Lanze zu brechen. Die Lage der Presse sei eine fatale. Sie solle den Landesherrn nach Möglichkeit verhindern und sie handle daher im Interesse der Gesamtheit, wenn sie einschlägige Mitteilungen sofort bringe. Wie unangebracht Vorsicht hierbei sei, das hätten die Fälle Modliżewo und Turostowo bewiesen. Diese Güter seien in den Besitz der Ansiedelung übergegangen, obwohl die Besitzer sich hoch und teuer verschworen hätten, sie trügen sich nicht mit Verkaufsabsichten. Die Presse müsse sich mithin auf die Glaubwürdigkeit ihrer Informanten verlassen. Eine Resolution, welche die periodische Veranstaltung von Informationsversammlungen in allen Kreisen empfiehlt, wurde einstimmig angenommen.

In die Kommission, welche die Beratung der Höhe der Wahlbeiträge der einzelnen Kreise vornehmen soll, wurden gewählt die Delegierten v. Rzepecki, Dr. Celichowski, v. Chelmicki, Propst Zmudzinski und Geistlicher Rat Mojzykiwicz.

Delegierter Dr. v. Mycielski (R. Samter) fragt an, ob das Provinzialkomitee darauf Bedacht genommen habe, eine Instruktion für die Kreis-komitees und deren Vertrauensmänner in Sachen der Kommunal-, Kreistags- und Provinzial-Landtagswahlen herauszugeben.

Der Vorsitzende teilte mit, es sei zu Zwecken der Abfassung einer solchen Instruktion bereits eine Kommission gebildet worden, bestehend aus dem Mitgliede des Provinzialkomitees Dr. Chlapowski und aus den Herren Rechtsanwalt Dr. Celichowski und Redakteur Chociszewski. Die Versammlung entsandte in diese Kommission noch die Delegierten v. Rzepecki und Dr. v. Mycielski.

Mit Worten des Dankes an alle Beteiligten schloß der Vorsitzende die Versammlung nach fast vierstündiger Dauer gegen 3 Uhr.

Bemerkt sei noch, daß zwei Kreise, die bisher noch niemals in der Delegiertenversammlung vertreten waren, diesmal ihre Repräsentanten entsandt hatten, und zwar die Kreise Pilehne (Geistlicher Kilinski) und Schwerin (Kawczynski).

Güntner
Königlicher Polizeisekretär.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 138 des Postep (Posen)

vom 18. Juni 1905:

Der Wawel.

Der kaiserliche Erlaß an den Grafen Potocki entscheidet in einer sehr günstigen Form, die zugleich mit den Interessen und Empfindungen der polnischen Gesamtheit harmoniert, die so wichtige Angelegenheit der Art und Weise sowie der Unkosten der Renovierung des Königsschlusses. Mit subtiler Zartheit die Situation würdigend hat der Kaiser der Restaurierung des Wawel die einzig richtige Richtung gegeben. Ein Teil des Schlosses wird im Sinne seiner Tradition zur Monarchenresidenz bestimmt, der Rest wird die Sammlungen des Nationalmuseums aufnehmen, die dort den geeignetsten und herrlichsten Rahmen finden werden. Die kaiserliche Entschließung, welche ein neuer Beweis dafür ist, wie sehr der Kaiser um unsere nationalen Interessen sich kümmert und wie er unsere Verhältnisse und Bedürfnisse Verständnis entgegenbringt, wird untrüglich in der ganzen polnischen Gesamtheit das Gefühl aufrichtiger Dankbarkeit wecken.

Wir irren uns hier nicht, wenn wir bemerken, daß die Initiative und der Rat des Statthalters bei dieser erwünschten Erledigung einer allen Polen am Herzen liegenden Angelegenheit eine hervorragende Rolle spielten.

Die demütigende Vernachlässigung und Verödung des Schlosses unsrer Könige wird endlich enden, und diese uralten Mauern, welche die schönsten Traditionen unsrer Geschichte einschließen, werden allmählich zu ihrer einstigen Pracht zurückkehren und ein erhebendes Symbol unsrer Wiedergeburt werden.

Und bei dieser Gelegenheit verlohnt es sich, daran zu erinnern, daß in einer anderen nicht minder altertümlichen polnischen Stadt, in der Wiege der polnischen Nation, der Bau eines Königsschlusses begonnen hat.

Aber dieses Gebäude erhebt nicht zum Ruhme des polnischen Namens seine Mauern, — im Gegenteil, es ist ein Sinnbild der Bedrückung und Vernichtung der Polen. Der Königspalast in Posen soll den Polen ihre Knechtschaft und Bedrückung in Erinnerung bringen, er soll ihnen drohen und sie schrecken, und wie einst der Hut Geflers die Schweizer, soll er die Polen zwingen, die Stirn zu neigen vor deutscher Übermacht und deutschem Hochmut.

Und gleichzeitig erhebt der alte Wawel seine Gebäude aus jahrhundertlangem Staube und er erleuchtet ganz Polen mit dem Glanze der dort angesammelten Andenken aus der Vergangenheit und von kulturellen

Dokumenten. Und ohnmächtig ist die ganze deutsche Macht und vergebens sind alle Anstrengungen der Wut und des Hasses der Erben des Kreuzrittertums. Was helfen die verschiedenen von dem einstigen Vasallen der polnischen Krone ausgeübten Bedrückungen angesichts der ruhigen, aber unerschütterlichen Macht des Geistes Polens, der auf dem Wawel nistet? Diese barbarische Flutwelle wird vorübergehen, wie schon so viele andere sich an dem Fuße des Wawelsfelsens zerschlagen haben, sodaß keine von ihnen die Grundvesten der Königsburg erschüttert hat.

Daher macht uns auch diese Zitadelle, die auf polnischem Boden erbaut wird, nicht besorgt und sie drückt uns nicht nieder.

Der Wawel siegt stets.

Glos nar.

Aus Nr. 134 des *Ogłdownik* (Posen)
vom 14. Juni 1905:

Lehre aus dem Beuthener Prozeß.

Das Erkenntnis des Beuthener Gerichts, durch welches die Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrates der Beuthener Volksbank zusammen zu 5500 Mk. Geldstrafe und 6 Wochen Gefängnis verurteilt worden sind, hat nicht nur großen Eindruck gemacht, sondern auch für das gesamte polnische Element im preussischen Staate öffentliche Bedeutung angenommen.

Das geschah hauptsächlich wegen des Unterschiedes, der zwischen dem erwarteten und dem in der Tat gefällten Urteil obwaltet. Sogar der Verlauf des Prozesses, während dessen sowohl der preussische Staatsanwalt, als auch die Verteidiger der Angeklagten zugegeben haben, daß die Angeklagten der Bank keinen Schaden zugefügt und ihr ehrlich gedient hätten, erhielt alle in der Ansicht, daß für bestimmte formelle Fehler in der Aufstellung der Bank eine Strafe von höchstens 100 Mk. zusammen werde verhängt werden, nicht aber eine solche von 5500 Mk. Geldstrafe und 6 Wochen Gefängnis. Augenscheinlich haben die preussischen Richter jene Formfehler anders aufgefaßt.

Und dieser Unterschied in der Auffassung ist der Grund, weshalb das Beuthener Urteil für uns öffentliche Bedeutung angenommen hat, weshalb es für unsere Finanzwirtschaft eine Lehre sein sollte.

Das Beuthener Urteil hat uns gelehrt, daß wir uns auf diese Weise öfter irren und uns in unseren Genossenschaften und Banken nicht allein großen Verlusten, sondern auch der Gefahr aussetzen können, daß solche Prozesse in gewissen Kreisen der breiten Volksmassen das Vertrauen zu unseren Finanzinstituten schwächen können, an welche das Volk gerade mit immer größerem Vertrauen sich wendet. Das brauchen wir wohl nicht näher zu erläutern und zu begründen, denn das sollte für alle so klar sein, wie die Sonne am Himmel.

Der Prozeß der Beuthener Bank hat dargetan, daß die Bank gut steht, daß ihr keine Erschütterung gedroht hat, daß die Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrates ehrliche Leute sind. Und dennoch hat die Bank den Prozeß, und zwar einen sehr kostspieligen, nicht vermeiden können, — und zwar nur durch Zufall. Ein staatlicher Beamter revidierte die Bücher, um zu prüfen, ob die Bank staatliche Abgaben zu entrichten habe. Der Beamte befand selbst, er habe keineswegs aus Neugierde, sondern nur im steuerlichen Interesse gleichzeitig die Art und Weise der Buchführung durchgesehen. Er erachtete sie in einigen Punkten für ungehörig und reichte — eine Denunziation ein. Ein solcher Fall kann einem jeden unserer Finanzinstitute begegnen.

Da wir durch den Beuthener Fall belehrt worden sind, gilt es, daß wir uns jetzt in vernünftiger Weise vor der Möglichkeit solcher Vorkommnisse schützen. Und die Notwendigkeit dieser Kollektivpflicht bringt uns auf einige Gedanken, die wir nachstehend aussprechen.

Infolge der notwendigen Deckung unserer Finanzinstitute, seien dies nun kollektivistische, oder halb oder ganz private, kann sich leicht die Meinung herausbilden, es gelte, alle schwachen Seiten, alle Mängel und sogar alle Veruntreuungen zu verdecken. Bei uns fehlt es auch ohnedies nicht an Leuten, die jede öffentliche Äußerung, die sich über unsere Finanzen in abweichendem Sinne ausspricht, oder eine bestimmte Reform empfiehlt, als Denunziation, als Verrat der nationalen Sache hinstellen. Als wir vor einigen Jahren uns breit über die Verbandsbank der Erwerbsgenossenschaften ausließen, erschien im Kurjer Poznański ein aus dem Kuratorium unserer Erwerbsgenossenschaften stammender Artikel, welcher mitteilte, das Kuratorium der Genossenschaften habe ein amtliches Schreiben betreffend die Genossenschaften erhalten, und in dem Artikel gab man deutlich zu verstehen, dies sei infolge einer in unserem Artikel enthaltenen indirekten Denunziation erfolgt.

Später zeigte es sich, daß jenes amtliche Schreiben regelrecht an die Genossenschaften gerichtet worden war und daß es keiner persönlichen Denunziation bedurft hatte.

Bei der Deckung vor derartigen Vorkommnissen, wie es die Beuthener Bank betroffen hat, gilt es mithin Vorsicht und eine gewisse Grenze zu beobachten, um nicht etwa Mängel und Fehler in unseren Finanzinstituten zu begünstigen. Wir geben zu, daß dies heute eine sehr schwere Sache ist, insofern, als überhaupt unsere Volksgefamtheit bezüglich tieferer und gereifterer Anschauungen in der Finanzwirtschaft ziemlich schlecht erzogen ist. Und dennoch ist ein Innehalten dieser Grenze durchaus nötig, sonst geben wir unsere Finanzwirtschaft der Gnade einiger Leute preis. Wir als Nation haben von Gott keine besonderen Privilegien auf eine außergewöhnliche Tugend und Edelmut verliehen erhalten, und es gibt unter uns Leute mit Schwächen verschiedener Art. Wir sollten uns mithin bei unserer Finanzwirtschaft nicht ausschließlich oder nicht vor allem auf den guten Willen der Leute verlassen, die unsere Finanzen leiten.

Das nationale Interesse gebietet uns, bei den Finanzen damit zu rechnen. Wir hatten in Posen ein Privatunternehmen, welches längstens 3—4 Jahre bestanden und in dieser Zeit wörtlich einige Zehntausend Mark den Aktionären vergeudet hat. Im Aufsichtsrat fehlte es nicht an angesehenen, intelligenten Kaufleuten, die beizeiten mit dem Finger auf die Geldvergeudung hingewiesen haben. Niemand aber hat im Ernst mit diesen Warnungen gerechnet. Man gedachte, die Schulbigen der Staatsanwaltschaft zu übergeben, aber man wollte nicht Unglück über Leute bringen, die, nachdem sie aus einem Geschäft glatt hervorgegangen sind, bereit sind, in ein zweites hineinzugehen, um es gleichfalls zu ruinieren. In Posen ist laut davon gesprochen worden.

Und welches sind bei einer solchen Deckung der Schuldigen die Folgen für die nationalen Interessen?

Unter den Aktionären dieses Privatunternehmens gibt es Bürger, die nach dem Verlust von einigen Zehntausenden noch das sein werden, was sie sind. Jene heute verlorenen mehreren zehntausend Mark haben sie jedoch nicht des Gewinnes, nicht hoher Dividenden halber hergegeben, sondern einzig deshalb, weil man sie überzeugt hat, daß sie dadurch zur Schaffung eines neuen Industriezweiges bei uns beitragen, daß sie die nationale Sache fördern würden. Heute haben sie nichts, weder Dividende, noch etwas von dem hin-

gegebenen Kapital, noch hat die nationale Sache dabei etwas gewonnen, — gewonnen haben nur die, welche das Unternehmen zu Grunde gerichtet haben. Dieser Gewinn aber ist für das nationale Interesse sehr gefährlich, denn er untergräbt das öffentliche Vertrauen von kapitalkräftigen Leuten zu Kollektivunternehmungen. In den interessierten Kreisen wird breit darüber gesprochen, unsere Presse jedoch schweigt. Der Volksgesamtheit ist die erforderliche Information entzogen worden, ein Umstand, welcher Unfähigen und Beutelschneidern Deckung gewährt.

Das nationale Interesse heischt, daß die Volksgesamtheit über solche Vorfälle auf dem Gebiet der Finanz- oder Kollektivunternehmungen gut und genau informiert und nicht in Unkenntnis darüber erhalten werde.

Im Anzuge ist ein Prozeß in einem anderen, halb kollektivistischen Finanzunternehmen. Kommt es zum Prozeß, dann werden der preußische Staatsanwalt und die preußischen Richter einen Blick in die Geschäfte tun.

Wenn sich das verlohnen wird, dann wird die Polizei sich genaues Material sammeln, — sie wird es dem Oberpräsidenten und dieser dem Ministerium zusenden. Diese Methode wird überall nicht bloß bei uns im Osten angewandt. Jede Regierung hat ein öffentliches Interesse daran, über gewisse Angelegenheiten genau unterrichtet zu sein. Finanzangelegenheiten aber haben in jedem Staate den speziellen Wert, daß man an ihnen, wie an einem Puls, den wirtschaftlichen und zugleich moralischen Stand gewisser Kollektivbestrebungen und -Strömungen, gewisser Gesellschaftsschichten und -Kreise prüfen kann.

Ob es im Interesse unserer Volksgesamtheit liegt, ohne hinreichende Notwendigkeit unsere Finanzwirtschaft vor Staatsanwälten zu entblößen, darauf kann sich heut nach dem Beuthener Prozeß jedermann die Antwort geben.

Aber auch in Fällen dieser Art, wie der oben erwähnte, ist in der öffentlichen Meinung die erforderliche Überlegung zu beobachten.

Die öffentliche Meinung sollte sich darüber Rechenschaft ablegen, was bei uns die Quelle solcher Vorgänge ist. Sie entstehen dort, wo man in den Vorständen und Aufsichtsräten das an den Banken interessierte Publikum, überhaupt die öffentliche Meinung geringschätzt, wenn man sieht, daß Kurzsichtigkeit oder die geschickte Ausbeutung der Interessen ihnen den (Vorständen u.) Vorteile, Ruhe und Bequemlichkeit sichert. Solche Leute dulden keine abweichende Meinung, keine öffentliche Kritik, und sorgen dafür, jede Änderung und Besserung, die ihnen un bequem ist, sofort im Keime zu ersticken. Den Austausch abweichender Ansichten, die öffentliche Kritik, das Streben nach Besserung der Einrichtungen der Finanzinstitute erschwert uns auch eine üble Angewohnheit, die bei uns hauptsächlich in den höheren, intelligenteren Volksschichten wie eine Krankheit grassiert. Die Führer, die Vorsitzenden, die Direktoren finden stets ungeliebte Freunde, welche ihre angeblichen Verdienste in unmöglicher Weise hervorheben, oft über deren wirklichen Wert, man adoriert diese Leute und fälscht dadurch die öffentliche Meinung. Auch ist bei uns wahre Anerkennung für redliche Arbeit und tatsächliche Verdienste im Grunde genommen nicht vorhanden, denn wenn wir in der öffentlichen Meinung Leute, welche in den Finanzinstituten mittelmäßige Köpfe oder Störenfriede sind, Leuten gleich oder über Leute stellen, durch deren Arbeit, Redlichkeit und Intelligenz diese Institute sich behaupten, so ist dies für letztere keine Anerkennung. Sehen wir uns einmal die Berichte in unseren Zeitungen über die Ver-

sammlungen unserer Finanzinstitute, selbst der angesehensten an. Nicht oft kommt es vor, daß das Publikum daraus ein besseres Bild des Standes dieser Institute gewinnt, wie oft aber lesen wir in diesen Berichten Lobeserhebungen, Komplimente, die in einer Form gesagt sind, wie sie wohl im privaten Kreise guter Bekannter, im Kreise von Leuten hingehen mag, die sich auf eigene Kosten amüsieren, nicht aber in öffentlichen, und noch dazu in Finanzangelegenheiten.

Diese traurige Angewohnheit, die in unserer Nation seit langem bekannte Krankheit, erschwert eine tiefere Einsicht in unsere Finanzverhältnisse und das Sichherausbilden eines gereiften Urteils über sie. Diese Krankheit hat unsere Nation schon viel Geld gekostet.

Jetzt nach dem Beuthener Prozeß entsteht eine neue Schwierigkeit, welche die Freiheit des Meinungs austausches in Finanzangelegenheiten hemmt. Damit ist heut zu rechnen, und wir müssen uns so einrichten, daß wir unsere Finanzen genau prüfen, damit sie keinen Schaden erleiden durch Unachtsamkeit, Unfähigkeit, versteckte Ausbeutung, und daß dennoch diese Tätigkeit uns nicht Zufällen aussehe, wie im Falle der Beuthener Bank.

Auch bei Finanzinstituten tut uns heut — politisches Verständnis not.

Aus Nr. 136 des Ogedownik (Posen)

vom 16. Juni 1905:

Die polnischen Volksbanken in Oberschlesien.

Angeichts des allgemeinen Interesses, welches das Urteil im Beuthener Prozeß geweckt hat, verlohnt es sich, sich näher mit der Tätigkeit der polnischen Volksbanken in Oberschlesien, namentlich mit ihrem Umsatz bekannt zu machen.

So betrug im Jahre 1904:

in der Bank	die Mit- glieder- zahl	die Einnahme Mk.	die Ausgabe Mk.
zu Beuthen	1133	11 532 857,80	11 482 699,35
„ Gleiwitz	536	1 411 485,76	1 406 992,90
„ Siemianowitz	280	956 814,10	952 532,10
„ Königshütte	248	186 416,67	185 833,81
„ Zabrze	115	158 597,05	155 239,30
„ Ratibor	943	945 572,97	937 675,90
„ Oppeln	878	1 138 069,75	1 133 226,75
„ Kosel	106	42 126,58	40 484,35
Zus. in 8 Banken	4239	16 371 940,68	16 294 664,46

Die Volksbanken in Kattowitz und Rybnik haben ihre Berichte für das Jahr 1904 noch nicht veröffentlicht.

Ferner geht aus den Berichten für 1904 nachstehender Stand der Depositen, Anteile, Reservefonds und Wechsel in obengenannten Banken hervor:

	Depositen Mk.	Anteile Mk.
Beuthen	5 086 644,25	190 023,70
Gleiwitz	514 203,96	29 391,02
Siemianowitz	762 686,60	43 719,90
Königshütte	164 434,36	500,00
Zabrze	101 898,25	3 382,00
Ratibor	909 948,20	16 549,45
Oppeln	1 096 460,50	24 276,30
Kosel	12 446,67	1 079,45

Die Zusammenstellung der Reservefonds und der Wechsel in den genannten Banken bietet im Jahre 1904 folgendes Bild:

	Reservefonds Mk.	Wechsel Mk.
Beuthen.....	110 726,85	4 659 397,75
Gleiwitz.....	2 518,52	361 120,85
Siemianowitz.....	11 381,85	923 326,20
Königshütte.....	897,75	169 418,44
Zabrze.....	402,00	3 357,75
Ratibor.....	8 137,75	821 655,50
Oppeln.....	7 500,00	896 796,10
Kosel.....	306,00	40 417,45

Mithin betragen in den 8 Banken zusammen:

die Depositen	8 650 722,79 Mk.
" Anteile	308 921,82 "
" Reservefonds . .	141 870,72 "
" Wechsel	7 875 490,04 "

Die Bilanz der polnischen Baugenossenschaft in Kattowitz stellt sich wie folgt:

Mitglieder 115, Einnahme und Ausgabe 5341,10 Mk.,
Anteile 4229,10 Mk., Reservefonds 1111,90 Mk.

Der polnische Konsum „Merkur“ in Gleiwitz mit den Filialen in Rybnik und Sohrau hatte im Jahre 1904 888 Mitglieder, gegenwärtig 1354. Die Summe der Anteile ist im letzten Jahre um 3476,90 Mk., die Haftsumme um 14 820 Mk. gestiegen. Sie beträgt gegenwärtig 43 410 Mk.

Außer den obengenannten Instituten besteht noch der polnische Konsumverein Unitas in Beuthen mit den Filialen in Lipine und Zabrze sowie die polnische Parzellierungsbank in Beuthen. Der Jahresbericht dieser Institute ist noch nicht bekannt.

Aus Nr. 134 der Gazeta Polska (Kosten)

vom 15. Juni 1905:

Die Germanisierungssucht treibt mit verschiedenen Beamten ihre Posen, in erster Reihe aber mit den Postbeamten. Die Post ist ein Verkehrsmittel, gewissermaßen die Vermittlerin von Nachrichten und Sendungen. Mit Rücksicht darauf sollte sie das Publikum nach Möglichkeit gut, schnell und glatt bedienen. So ist es anderwärts, aber bei uns nicht. Ein Beweis hierfür ist folgendes Beispiel. Ein gewisser Kostener Bürger wollte ein Telegramm nach Puszczykowo bei Wielichowo aufgeben. Puszczykowo ist in das kultivierte „Elsenu“ umgeändert worden. Unserem Bürger lag es doch in der Tat an der Eile, wenn er sich bis zur Depesche verstieg. Er setzt also folgende Adresse auf das Telegramm: „Elsenu bei Wielichowo.“ — Und was meint ihr nun, liebe Leser? Die deutsche Post nimmt doch die deutsche Adresse nicht an! Das allein ist schon wunderbar. Es wird jedoch gesagt: Elsenu sei der deutschen Post nicht bekannt! — Oho, dachte jener Bürger, man muß die Sache nur anders machen. Er schrieb neben das Wort „Elsenu“ in Klammern „Puszczykowo“ und — o Wunder! — die Post nimmt die Depesche an und sendet sie eiligst nach dem Bestimmungsorte ab.

Solche Posen treibt die Germanisierungswut mit verschiedenen Auntern und bereitet dem Publikum Verluste, Versäumnisse und Unzufriedenheit. Daß dies aber nicht zur Hebung des Ansehens jener Auntern beiträgt, dafür garantieren wir. Uns Polen wird das aber nicht zum Schaden gereichen!

Aus Nr. 134 der Gazeta Polska (Kosten)

vom 15. Juni 1905:

Eine polnische Fahne — o Grauen!

Den deutschen Zeitungen wiederholen es die polnischen, daß bei uns in Kosten an der städtischen Badeanstalt eine Fahne in den polnischen Farben wehe. Die Deutschen — so erzählt man der erstaunten Welt — bemühten sich bereits seit zwei Jahren um die Beilegung dieses Fährleins und zwar aus Furcht vor der Strafe des Himmels. Diese Bemühungen sind indes vergeblich, worüber die hafatistischen Blätter fürchterlich entrüstet sind. Man verurteilt sogar die städtischen Behörden in Kosten, daß sie es vergessen hätten, daß die Farbe unserer Provinz weiß-rot in schwarz-weiß-schwarz oder in weiß-schwarz-weiß umgeändert worden ist. Herr! Schade um den vielen Lärm — um nichts. Denn jenes gefährliche Fährchen, welches angeblich dem Zusammenstürze des preussischen Staates droht, ist das allerunschuldigste sanitäre Zeichen von zwar weiß-roter, aber nicht polnischer Farbe. Wir bitten, unserer städtischen Behörde nicht zu nahe zu treten und sie nicht wegen der Neigung für national-polnische Fährchen zu beschuldigen. Ridiculus mus. . . .

Aus Nr. 132 der Gazeta Polska (Kosten)

vom 11. Juni 1905:

Lissa, den 8. Juni 1905.

Der hiesige „Sokol“-Verein hat verschiedene Änderungen eingeführt. Infolge einer nicht zu verstehenden Strömung, deren Quelle wohl jedem bekannt sein wird, kann der hiesige Sokol-Verein nicht nur keinen Saal für die Übungen und Lustbarkeiten erhalten, sondern es vermietet ihm auch niemand mehr eine Remise. Der „Sokol“ mußte daher in Reußners Villa turnen, welche beinahe $\frac{1}{2}$ Meile von der Stadt entfernt ist. Es ist daher kein Wunder, daß die Turnstunden von nur wenigen Mitgliedern besucht wurden.

Aus diesem Grunde beschloß man in der heutigen Generalversammlung, die Übungen vorläufig einzustellen und an deren Stelle alle zwei Wochen Vorträge zu halten, polnischen Sprachunterricht zu erteilen, polnische Geschichte und Literatur zu treiben, sich im Deklamieren und Singen zu üben.

Das wird sicher den Geist im „Sokol“ heben, und so manch ein Mitglied wird das lernen, was er in der Schule nicht gelernt hat.

Wir empfehlen daher den Mitgliedern, diese Abende recht fleißig zu besuchen und versichern ihnen, daß der Vorstand bemüht sein wird, für eine nutzbringende geistige Unterhaltung zu sorgen. Wir wenden uns auch an die älteren Mitgliedern, daß sie vom Schlafe erwachen und statt der Trägheit den Jüngeren im Sinne der Sokolidée mit gutem Beispiele voranzugehen.

Leider bildet fast die ganze „ältere Bruderschaft“ nur „Sokols dem Namen nach“.

In den Vorstand wurden für ein Jahr gewählt:

Felix Bobowski als Vors.,

Joh. Szlapczynski als Schrift.,

Wladisl. Szydlowski als Kass.

Die Behörde war in der Generalversammlung vertreten durch den Kommissarius und den Wachtmeister.

Nach der Versammlung wurden mehrere Gedichte und Gesänge vorgetragen.

Gut Heil!

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 72 des Pielgrzym (Pielplin)
vom 17. Juni 1905:

In der Angelegenheit des polnischen Abgeordneten kandidaten

für den Wahlkreis Kulm—Thorn—Briesen haben wir aus Thorn nachstehendes Schreiben erhalten:

Infolge der Ungültigkeitserklärung des Abgeordnetenmandats in unserem Wahlbezirke werden gewiß in nicht allzu ferner Zeit Neuwahlen stattfinden. Unser Bezirk könnte wiederum einen Polen in den Reichstag schicken, wenn es nur gelingen würde einen geeigneten Abgeordneten kandidaten zu wählen. Wie bekannt ist, hat unser Kandidat bei den letzten Wahlen mit nur geringer Stimmenmehrheit gesiegt, denn er hatte nur einige Duzend Stimmen mehr als sein Gegner, weshalb es auch gegenwärtig eine außerordentlich wichtige Sache ist, daß als polnischer Kandidat ein Mann gewählt wird, der in der polnischen Gesamtheit allgemein beliebt ist und der im ganzen Wahlbezirke keine Feinde hat.

Ein solcher Kandidat wäre unzweifelhaft **der Schuhmachermeister Herr Nowicki aus Kulm**. Er ist ein aufgeklärter Bürger von rechtllichem Charakter, allen gegenüber gleich gerecht und allgemein beliebt. Ich bin sicher, daß wenn die Kreiskomitees diesen Mann dem Zentralwahlkomitee in Vorschlag brächten, dieses Komitee ihn unzweifelhaft als unseren Kandidaten aufstellen würde — und dann würden wir auch siegen — vielleicht sogar mit einer größeren Stimmenzahl als das letzte Mal, denn für Herrn Nowicki würden alle gern stimmen: die Arbeiter, die Groß- und Kleingrundbesitzer, die Handwerker, die Kaufleute — mit einem Worte: alle Schichten. Und wenn Herr Nowicki bei der Wahl den Sieg davontrüge, dann wird er uns Polen mit Bestimmtheit ebenso eifrig verteidigen, **als seinerzeit der wackere Kilinski.*)**

Unser Kandidat braucht durchaus nicht ein Mann aus den gebildeten Kreisen zu sein, es kann auch ein aufgeklärter Arbeiter sein, wenn er nur im Reichstage unser ganzes Volk und alle seine Schichten verteidigen wollte. Die christliche Nächstenliebe erfordert es, daß wir alle lieben und uns das Wohl aller angelegen sein lassen. Gott gebe es, daß wir uns wieder wie früher unter einer national-katholischen Fahne vereinigen könnten, dann würden unsere Kräfte zum Schrecken unserer Feinde ungeheurer erstarken. Vor allen Dingen muß eine gewisse Art Bauernfängerei verschwinden, die uns mehr Schaden zugefügt hat, als die früheren Verhältnisse.

Ich schließe meine Bitte an alle Leute guten Willens mit folgenden: Stellet in den Wahlversammlungen für die Kreise Thorn—Kulm—Briesen nur gute nationale Katholiken auf, wenn ihr im hiesigen Bezirke den Sieg bei den Reichstagswahlen davontragen wollt.

(Unsererseits fügen wir hinzu, daß wir uns mit den Ausführungen unseres Korrespondenten vollkommen einverstanden erklären. Herrn Nowicki aus Kulm kennen wir zwar nicht persönlich, aber da wir einige Briefe erhalten haben, in denen seine Kandidatur empfohlen wird und wir schon oftmals gehört haben,

daß Herr Nowicki ein wackerer Pole ist, deshalb haben wir einen der uns zugesandten Briefe veröffentlicht
Die Redaktion.)

Aus Nr. 72 der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 17. Juni 1905:

Die Kassuben gehen unter!

Als die Polen im Großherzogtum Posen einem solchen Feinde gegenüber, wie es die Ansiedelungskommission ist, mit einem Schlage in vollen Waffen standen und jede Spanne polnischen Bodens mit einer Tapferkeit verteidigt haben, die sogar bei den Feinden Anerkennung gefunden hat, haben sich die Augen der ganzen Gesamtheit auf den nationalen Kampf zweier Elemente in diesem Landesteil mit derartig gespannter Aufmerksamkeit gerichtet, daß die weitesten Kreise der Gesamtheit es garnicht gemerkt haben, wie kräftig der Kakatismus in dem am meisten vergessenen und vernachlässigten polnischen Landesteil, in der Kassubei, Fuß gefaßt hat. Und wenn wir heute auf die unter den polnischen Besitzümern der Kassubei von der Ansiedelungskommission in stiller Arbeit von einigen Jahren gelegten Breschen sehen, so wird unser Herz vor Angst und Schrecken ergriffen um die Zukunft dieses Landesteils, **der unseren einzigen Weg zum Meere darstellt**. An den Spuren, welche die Ansiedelungskommission in der Kassubei verfolgt, ist nämlich zu ersehen, daß sie sowohl hier wie überall nach einem bestimmten Plane vorgeht, zu dessen Ausführung ihr ungeheure Kapitalien und die ganze Autorität der Regierung und ihrer Organe zur Verfügung stehen. Wer einen Blick auf die Landkarte wirft, wird sich belehren lassen, daß diese durchtriebene und listige kakatistische Taktik ihre Kräfte nicht auf die ganze Kassubei zersplittert, sondern daß sie mit vereinten Kräften, mit ihrer ganzen Macht auf den in der Kassubei am südlichsten gelegenen Kreis Berent losgegangen ist, indem sie breiten Weges von der pommerschen Grenze bis zur Weichsel geht und die uralten Stätten desjenigen Volkes zerstört, das vor 700 Jahren noch die ganzen Meeresufer von Danzig bis Stettin bewohnt hat, jetzt aber in geschlossener Masse in einer Anzahl von 200 000 Seelen auf einem im Regierungsbezirk Danzig belegenen Erdteil wohnt.

Der Zweck dieser Ansiedlungstaktik, die bestrebt ist, die deutsche Mauer durch die am südlichsten gelegenen Wohnstätten der Kassuben hindurchzuziehen, liegt ganz klar auf der Hand. Es kann nur der sein, das kassubische Volk und Land von dem übrigen Teile Westpreußens sowie vom Großherzogtum abzuschneiden und aus ihm eine Insel inmitten einer fremden Bevölkerung zu bilden, um umso leichter an diesen von allen Seiten abgeschnittenen Stammesbrüdern das Germanisationswerk zu vollbringen.

Zum Beweise hierfür mögen die Zahlen dienen, die in dem bekannten Memorial der Ansiedelungskommission für 1904 enthalten sind. Ausweislich dieses amtlichen Dokuments sind die kassubischen Kreise Puck und Neustadt von der Ansiedelungskommission völlig verschont geblieben. Der Kreis Carthaus, der im Norden an den Kreis Berent grenzt, hat der Ansiedelungskommission 4 Güter opfern müssen und zwar: Alt-Glinitz, Neu-Glinitz, Kobissau und Raftempowo (vielleicht Restempohl? Red. d. Gef.-üb.), mit einem Areal von 1900 ha, auf welchem bis jetzt 27 evangelische Deutsche angesiedelt sind. Der Kreis Danziger Höhe hat 1500 ha abgegeben, auf denen bis jetzt 31 Ansiedler, alle evangelisch, angesiedelt sind. Der

*) Kilinski, Schuhmacher in Warschau, hat im Jahre 1794 an der Spitze der Warschauer Jüningen die russische Besatzung aus Warschau vertrieben und ist dann als Oberst in Kosciuszko's Truppenverband eingetreten.

Kreis Dirschau, der auch zum Teil von Kassuben bewohnt wird, hat 2830 ha abgegeben, auf denen bis jetzt 50 Protestanten angesiedelt sind. Dagegen hat im Kreise Berent die Ansiedelungskommission allein, abgesehen von ihren anderen Hilfsinstitutionen, auf die ich später eingehen werde, im ganzen 7341 ha Land mit 314 Parzellen für Familien erworben. Auf diesem Komplex werden und sind zum Teil schon errichtet: 6 neue Schulen, 1 Bethaus und 2 evangelische Gotteshäuser.

Im einzelnen stellt sich der von der Ansiedelungskommission im Kreise Berent erworbene Grund und Boden wie folgt dar:

Nr. S. 10	N a m e	Flächen- inhalt in ha	Kauf- preis M	Anzahl der An- siedlungen
1	Alt-Bukowiz	882	320 000	35
2	Alt-Pallejken (Staru Polaczki)	525	400 000	29
3	Labiszyn (?)	412	200 000	30
4	Romy Dworzec (Neuhof ?)	391	200 000	19
5	Groß-Podles und Sarnowo	1127	390 000	51
6	Polaszki (?)	763	375 000	—
7	Tezierze (Tejeriz ?)	515	350 000	34
8	Kobilla	816	480 000	42
9	Lindenberg	42	27 000	2
10	Liniewo	775	312 000	49
11	Lippusch	490	135 000	17
12	Neu-Golmkau	258	235 000	—
13	Rome Unikowy (?)	213	75 000	—
14	Waldowken	192	120 000	6

Unter den Verkäufern finden wir vier Polen des kassubischen Adels.

Und wenn auch die Ansiedelungskommission den größten Teil dieses Grund und Bodens von Deutschen erworben hat, so ist doch immer zu bedenken, daß die arbeitende Bevölkerung auf diesen Gütern polnisch-kassubisch war. Jetzt wird man die Muttersprache dort nicht mehr hören; die Bevölkerung hat sich in alle vier Winde zerstreut, und das Herz preßt sich vor Schmerz zusammen, wenn man diese Verwüstung unter den nationalen Besitztümern sieht.

Aber nicht nur die Ansiedelungskommission betreibt im Kreise Berent ihr Germanisierungswerk, sondern noch eine ganze Reihe anderer ihr verwandter Institutionen arbeitet eifrig an der Verdrängung der Kassuben von der aus Urväterzeiten her polnischen Erde. Eine solche Institution ist die „Landbank“, die einem Deutschen sofort die in 50 Jahren sich amortisierenden Kapitalien kündigt —, wenn er sein Grundstück an einen Polen verkauft. Im Geiste der Ansiedelungskommission wird der sogenannte Dispositionsfonds verwendet, der den Beamten Darlehen zum Bau eigener Häuser zu 4 % gewährt, von denen 2 % auf die Amortisation gerechnet werden. Ein Beamter, der sein Haus verkauft muß eine 20 % der Darlehenssumme betragende Konventionalstrafe zahlen. Ebenso existiert in Berent auch eine Kasseiengenoßenschaft, die nur ausschließlich Deutschen Darlehne gewährt. Diese letzte Genossenschaft kräftigt mit ihren Kapitalien die speziell für den Kreis Berent gegründete „Deutsche Ansiedelungsgenossenschaft in Berent“. Diese Institution, die sogar bei der „Landbank“ Kredit hat, dient vornehmlich zum Aus-

kaufen von kleineren sowie größeren polnischen Besitztümern zum Wiederverkauf an Deutsche. Sie ist im Jahre 1900 gegründet worden und hat 59 Mitglieder mit 217 Anteilen zu je 100 Mark. Welche Bedeutung dieser Genossenschaft und ihrer Arbeit hinsichtlich des Verdrängens des Polentums aus dem Kreise Berent in den kassubischen Kreisen beigemessen wird, das beweisen die Namen der Anteils-Inhaber, unter denen figurieren: der Landrat v. Trüstedt aus Berent, der Landesrat Bischof aus Danzig, v. Tiedemann, einer der Begründer des Kasatismus, der Landrat Grashof aus Schwetz, — der Kaiserliche Gesandte Raschdau, der Staatsminister Hobrecht, Dr. Wegner und andere. Ein Sprößling der eben besprochenen Genossenschaft ist die besonders für die Städte mit einem Kapital von 20 000 Mark gegründete „Deutsche Häusergenossenschaft in Berent“, die darauf hinarbeitet, die städtischen Häuser ausschließlich zum Eigentum der Deutschen zu machen. Alle diese oben genannten Institutionen arbeiten an unserer Vernichtung, sie genießen einen so unbeschränkten Kredit, daß sich immer Kapitalien finden, um die durch elende Wirtschaft entstandenen Lächer zu verstopfen.

Wir sehen also, daß sich der Kasatismus mit ganzer Kraft auf den Kreis Berent geworfen und dort ungeheure Lücken unter den polnischen Grundstücken geschaffen hat. Wie sieht es nun mit unserer Verteidigung auf diesem so schwer bedrohten Stück Erde aus? Auf diese Frage muß leider geantwortet werden, daß die Kräfte, die der kassubischen Tätigkeit im Kreise Berent entgegenarbeiten, geradezu verschwindend klein sind und gegenüber der Feinde Macht sogar lächerlich erscheinen. Für die ganze Kassubei existiert eine einzige Parzellierungsbank (Bank Parcelacyjna) in Berent, die von Anfang an mit Mißtrauen und geradezu feindlicher Gesinnung der nächsten Landsleute gekämpft hat und mit Schwierigkeit bei den ihr verwandten Institutionen im Posenschen Kredit erhält, und wenn sie sich auch so glänzend entwickelt, so bedeutet das doch im Vergleich zu den Kräften unserer Feinde soviel wie ein Tropfen Wasser auf einen heißen Stein. Aus diesem Grunde geht das Polentum im Kreise Berent auch so schnell zurück, daß wir in den letzten Jahren in Berent selbst, das bis zur letzten Zeit die einzige polnische Stadt in der Kassubei genannt werden konnte, — nicht einen einzigen polnischen Stadtverordneten haben.

„Wenn sich die Verhältnisse weiterhin so entwickeln werden, erklärte mir ein Berenter Bürger, dann wird in 50 Jahren der letzte Pole den Kreis Berent verlassen müssen, da er weder ein Dach noch ein Plätzchen finden wird, wo er sein Haupt niederlegen könnte!“

Auch sind keine Aussichten vorhanden, daß der Fortschritt des Deutschtums durch die einheimische Bevölkerung aufgehalten werden könnte. Besonders die Berenter Intelligenz, die in der milderen Ara weder Zeit noch Mühe gescheut hat, ist den jetzigen schwierigen Verhältnissen nicht gewachsen und läßt resigniert die Arme hängen, während die ganze Gesamtheit, die mit dem Niesenkampfe auf der Posener Erde beschäftigt wird, sich um die kassubische Grenzmark nicht kümmert. Und auf diese Weise gehen die Kassuben und ihr Land für Polen verloren, und zwischen ihm und der Ostsee erhebt sich eine immer stärkere teutonische Mauer, auf die wir vielleicht erst losstürmen werden, wenn es zu spät sein wird.

Mestwin
(Pseudonym).

Aus Nr. 138 des Goniec Wielkopolski (Posen)
vom 18. Juni 1905:

An den Artikel „die Raschuben gehen unter“ (cfr. die vorliegende Nummer des Ges.-Ab.) aus der Gazeta Gdanska knüpft der Goniec folgenden Kommentar:

Die Ausführungen der Gazeta Gdanska sind zutreffend, — den Raschuben droht in der Tat allmählicher Untergang. Wer die dortigen Verhältnisse kennt, der wird gewiß den vorgesteckten Germanisierungsplan verstehen.

Von Süden her sollen die Raschuben vom polnischen Element abgeschnitten werden, und im Norden wird die Germanisierung nicht mit Hilfe der Ansiedelung betrieben, sondern auf jede andere Weise mit Energie und Konsequenz. Im Kreise Puzig ist der Großgrundbesitz fast ausschließlich in deutschen Händen. Das Volk hingegen ist polnisch, aber ungeheuer gedrückt. Der Kreis Neustadt ist zum Löwenanteil germanisiert und zur weiteren Germanisierung legen die Zentrumsleute eifrig die Hand ans Werk. Ebenso verhält sich die Sache mit den Kreisen Danzig. Am meisten polnisch ist der Kreis Carthaus, aber auch hier ist der Großgrundbesitz überwiegend in deutschen Händen.

Wie unausgesetzt die Raschuben untergehen, davon zeugt die beständig sich verringende Zahl der polnischen Stimmen im Wahlkreise Carthaus-Neustadt-Puzig. Wenn der Zurückgang der polnischen Stimmen in dem gleichen Maße fortschreiten wird, wie bisher, dann werden wir den Moment erleben, in welchem wir diesen bisher für uns sichersten Wahlkreis in Westpreußen bei den Landtagswahlen verlieren.

Wenn die Ansiedelung bisher auf die Kreise Carthaus, Neustadt und Puzig weniger reagiert hat, so kommt dies daher, daß der Boden dort leicht ist. Die besseren Landflächen haben die Deutschen seit langem im Besitz. Die Verhältnisse sind so beschaffen, daß, wenn man manche Gegenden passiert und auf die Bodenbeschaffenheit achtet, mit Bestimmtheit stets einen Polen auf leichterem, einen Deutschen dagegen auf besserem Boden antrifft. Wollte die Ansiedelungskommission die Polen auskaufen, dann müßte sie leichtere Böden erwerben, auf welchen der deutsche Ansiedler nicht ausharren würde, den besseren Boden aber aus deutschen Händen aufzukaufen hat sie nicht nötig.

Ungeachtet dessen würden die polnischen Parzellierungsbanken in Raschuben ein wahres jungfräuliches Arbeitsfeld haben, doch ist hierfür eine genaue Kenntnis der lokalen Verhältnisse durchaus nötig.

Aus Nr. 70 der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 13. Juni 1905:

Sulenczyn, den 7. Juni 1905.

Unser Dörfchen ist wiederum um eine Erscheinung der preussischen Kultur reicher geworden. In der Nachbarschaft des Katasteramtsgebäudes verschwanden Hühner und Katzen und es konnte sich niemand erklären, wo sie geblieben seien, bis eines Tages der Stellmacher, der neben diesem Hause wohnt, die Wahrnehmung machte, daß der Katasteramtsvorsteher in seinem Garten mit dem Tösching Hühner schießt, und ein Bauarbeiter hat gesehen, daß derselbe Herr auf Katzen geschossen hat. Auf eine Katze hat er sogar drei Schüsse abgegeben, doch die Katze lebte noch weiter, und die Besitzerin dieser Katze nahm sie noch lebend nach Hause, pflegte sie, und nach einigen Wochen wurde die Katze gesund, obwohl sie blind blieb. Noch einmal ging diese Katze in den Garten

des erwähnten Beamten, doch diesmal mußte sie es mit ihrem Leben büßen, denn er hat sie erschossen. Haben denn die geehrten Leser schon jemals so etwas gehört, oder selbst gesehen, daß so etwas wo anders vorkommt? Für uns wäre es nützlicher, wenn jener Herr Ratten und nicht Katzen schösse; vielleicht würden wir ihn dann noch zum Ehrenbürger von Sulenczyn machen.

Kurz vor Ostern hat sich bei uns eine Komödie abgespielt. Hier in unserem Dorfe haben wir eine Mischehe: Der Mann ist Protestant und die Frau ist Katholikin. Als vor zwei Jahren ihr ältestes Kind, ein Mädchen, zur Schule gehen sollte, ging der Vater zum Landrat in Carthaus und gab zu Protokoll, daß seine Kinder katholisch erzogen werden sollen. Das Mädchen besuchte und besucht ohne Hindernisse die katholische Schule. In diesem Jahre sollte das zweite Kind, ein Knabe, zur Schule gehen, und er besuchte die ersten 8 Tage die katholische Schule. Darüber konnte sich der lutherische Pastor nicht beruhigen. Dreimal war er beim Schulinspektor und hat es wirklich durchgesetzt, daß dieser Knabe aus der katholischen Schule herausgenommen und mit Gewalt in die lutherische Schule geführt wurde. So ging es 8 Tage lang. An jedem Tage erschien Morgens der Amtsdienner, eine lange Mannperson, in der Wohnung der Eltern jenes Knaben, und nahm ihn auf die Schultern und schleppte ihn in die lutherische Schule. Der Knabe schrie, soweit die Zungen reichten, die Mutter weinte und bat das Kind nicht grausam zu behandeln, der Vater berief sich auf seine Vaterrechte und auf das Protokoll, aber es half nichts; der Amtsdienner schleppte den Knaben in die lutherische Schule. Der Amtsvorsteher schickte indessen dem Vater ein Strafmandat über 15 Mk. mit der Drohung, daß er sie sofort einzahlen lassen werde, wenn er das Kind nicht regelmäßig in die lutherische Schule schicken würde. Der bekümmerte Vater begab sich wiederum zum Landrat, und der ordnete an, daß der Knabe in die katholische Schule gehen solle.

Bei dieser ganzen Angelegenheit hat der hiesige Jude Simson den größten Vogel abgeschossen. Er war eines Tages Zeuge, als der Amtsdienner den Knaben in die lutherische Schule schleppte; und da jagte er zu der Mutter dieses Kindes: „Ay, ihr Polen dürft Kinder haben, aber ihr dürft sie nicht in die Schule schicken, welche ihr wollt, sondern dorthin, wie es die Regierung befiehlt! Ihr müßet gehorchen, und damit Schluß!“ Also soweit ist es bei uns in Sulenczyn schon gekommen, daß ein Jude uns Polen an den Gehorsam erinnert, daß uns ein Jude daran erinnert, daß wir gehorchen und deshalb unsere Kinder in die Schule schicken müssen, welche uns die Regierung vorschreibt. Ob sich solch eine Frechheit schon ein anderer erlaubt hat, weiß ich nicht. Dieser Jude Simson war, als er nach Sulenczyn kam, arm, und heute ist er schon so hochmütig, daß er unserer spottet und uns an den Gehorsam erinnert. Er hat eine Antwort erhalten, aber nur eine mündliche, denn bei dieser Gelegenheit waren nur Frauen zugegen; vielleicht erlebt er es noch, wie solcher polnischer Gehorsam aussieht. Simson lebt nur von Polen, und er hat sich ihnen gegenüber sehr dankbar gezeigt; ich glaube, daß die Polen das verstehen und zu den Thringen kaufen gehen werden. In Sulenczyn brauchen wir keine fremden, wir haben unsere katholischen Kaufleute, und bei ihnen bekommen wir dieselben und noch bessere Waren, als bei Fremden.

Vom 24. Februar bis zum 24. Mai mußten die Hunde an der Kette angebunden sein. Der Gendarm aus Sulenczyn hat in Podjacz 3 Hunde erschossen, weil sie auf der Straße umherliefen; in Sulenczyn

ließ der Hund des Postvorstehers auf der Straße, doch er wurde nicht erschossen; am 20. und 21. März war der Landrat aus Carthaus mit einem Hunde hier und ist auch mit ihm wieder fortgefahren. Ebenso ist auch Dr. Müller aus Bytowo mit seinem Hunde nach Sulenczyn gekommen, doch er mußte ihn bis zur Aufhebung der Hundesperre hier lassen. Es fragt sich jeder, warum die 3 Hunde in Podjazach erschossen worden sind und hier in Sulenczyn nicht?

Solche Gleichberechtigung gibt es in ein und derselben Angelegenheit.

Aus Nr. 136 der Gazeta Torunska (Thorn)

vom 15. Juni 1905:

Aus der Schwezer Gegend

wurden uns sehr traurige Sachen mitgeteilt, nämlich, daß das schlechte Beispiel des Verkaufs polnischer Besitzungen an Deutsche offenbar auch andere ansteckt; denn einige polnische Besitzer aus Przysiersk, Rudki und Chrystkowo (Die Namen lassen wir fort. Die Red.) beabsichtigen ihr Land zu verkaufen und zwar besteht die Befürchtung, an Fremde. Zum Schluß schreibt unser Korrespondent wie folgt:

Gibt es denn kein Mittel, um dem vorzubeugen? Wissen denn diese Herren nicht, daß es polnische Banken gibt, die den Verkauf vermitteln würden, und daß man sich durch Annoncieren in polnischen Zeitungen um einen polnischen Käufer bemühen kann? Wissen denn diese Herren nicht, daß, wenn sie ihre Grundstücke Fremden überlassen, sie damit nicht nur die polnische Nationalität untergraben, sondern auch die Existenz unserer Parochie und unserer heiligen Kirche?

Aus Nr. 135 der Gazeta Torunska (Thorn)

vom 15. Juni 1905:

Neustadt Westpr.

Der frühere Direktor des hiesigen Gymnasiums, Dr. Lorenz, bereist amtlich den Regierungsbezirk Danzig zum Zwecke der Erforschung der polnischen Verhältnisse. Den Regierungsbehörden liegt es vor allem daran, die Grenze festzustellen, bis zu welcher die kassubische Mundart reicht. Es handelt sich hier unzweifelhaft um neue antipolnische Verwaltungsmaßnahmen.

Aus Nr. 71 der Gazeta Gdańska (Danzig)

vom 15. Juni 1905:

Verent.

Die Parzellierungsgenossenschaft (Spółka Parcelacyjna) in Verent hat von dem Lutheraner Herrn Toebe aus Abblig-Lonken in der Parochie Borzyszkowo an der pommerischen Grenze ein 632 Morgen großes Vorwerk mit mittlerem Boden, Wiesen, Wald und prächtigem Torflager gekauft. Dieser Kauf macht den Bau einer evangelischen Kirche in diesem Dorfe für nur einige Lutheraner unmöglich, zu dem schon Steine angefahren sind. Der Parzellierungstermin findet am Orte am Mittwoch, den 5. Juli Morgens statt. Die Parzellen werden sehr vorteilhaft und billig sein. Wer eine Parzelle von 80—100 Morgen für 8—10 000 M. kaufen will, der kann solche jederzeit besichtigen. Dort ist auch freier Fischfang auf 1800 Morgen See, also eine gute Stelle für einen Fischer.

Aus Nr. 73 des Pielgrzym (Pielplin)

vom 20. Juni 1905:

Aus Masuren.

Der alte Kuba aus der Löbauer Gegend läßt nichts mehr von sich hören, warum, das weiß ich nicht. Über seine Briefe ist verschieden geurteilt worden, aber eins ist gewiß, daß unsere Leute sie gerne gelesen haben, ja, sie haben sich den Pielgrzym aus den Händen gerissen, um schnell nachzusehen, was Kuba geschrieben hat. Der Pielgrzym hat infolge dieser Briefe an Lesern gewonnen, was ich aus eigener Erfahrung weiß. Es ist daher nicht richtig, daß der alte Kuba so beharrlich schweigt. Er wohnt bei Löbau, also nicht weit von Masuren, und da hört er gewiß, was in Masuren vorgeht, und mitunter kommen da ganz interessante Sachen vor. Von hier aus bringt nichts in die Welt Gottes. Es erscheint zwar für die masurischen Winkel eine besondere Zeitung in Allenstein, aber die schreibt so wenig über die hiesigen Verhältnisse, daß die Welt wenig von Masuren erfährt, und trotzdem ereignen sich hier schöne Sachen, so daß es sich verlohnt, darüber zu schreiben.

Mancher, der in den Zeitungen gelesen hat, daß die Regierung in Allenstein einen neuen Regierungssitz einrichtet, wird bei sich gedacht haben: na, nun werden die Masuren untergehen, daß auch nicht eine Spur von ihnen bleibt. Indessen steht es nicht so schlimm und wird es auch nicht werden, was Gott geben möge. Im Gegenteil, in manchen Beziehungen ist es hier besser, wie in anderen polnischen Gegenden.

Wenn wo anders, Gott behüte, ein Beamter ein polnisches Wort sprechen sollte, der würde gleich hinter die siebente Grenze gejagt werden, während hier nicht nur die unteren Beamten, sondern auch obere Beamte ohne Besorgnis mit dem Publikum polnisch sprechen.

Ich würde es vielleicht selbst nicht glauben, wenn ich es nicht mit eigenen Ohren gehört hätte. Als ich einmal in einem kleinen Städtchen war, hörte ich, wie der Polizist mit den Leuten polnisch sprach. Ich habe mich darüber sehr gewundert, denn so was war ich nicht gewöhnt. „Ist es hier überall so?“ fragte ich einen Bekannten. „Gewiß, mancher versteht besser polnisch als deutsch.“

Als ich ein anderes Mal in demselben Städtchen auf dem Postamt war, da hörte ich, wie ein Briefträger dreist polnisch sprach. Und sogar der Bürgermeister selbst, sagte mir mein Bekannter, soll gut polnisch sprechen können. Vor einigen Jahrzehnten haben fast alle Bürger in den kleinen Städtchen untereinander fast ausschließlich polnisch gesprochen. Wenn das den geehrten Lesern merkwürdig vorkommen sollte, so will ich ihnen ins Ohr sagen, daß hier im wirklichen Masuren fast alle evangelisch sind. Daher diese Freiheit im Gebrauch der polnischen Sprache. So geht es in den Städtchen zu und von den Dörfern ist garnicht erst zu reden; hier versteht der größte Teil kaum deutsch. Also in Masuren wohnen fast ausschließlich Polen! Ach wo, der größte Teil und mitunter alle sind „polnische Protestanten“, so nennen sie sich selbst. Und „Pole“ ist bei ihnen gleichbedeutend mit Katholik. Außerdem vergißt die Regierung auch nicht von uns katholischen Polen; sie liebt uns so, ja noch mehr — wie die Hunde den Bettler.

Sie gründet z. B. in den Dörfern Kinderbewahranstalten unter der Leitung von Diakonissen. Gewiß für evangelische Kinder, könnte man denken. Doch diesen Damen genügt es nicht, sich mit evangelischen Kindern zu befassen, sie bemühen sich auch, polnische Kinder heranzulocken. Und man muß zugeben, daß sie in dieser Hinsicht viel Talent besitzen. Manche

polnische Eltern trauen diesen Diakonissinnen nicht recht und schicken ihre Kinder nicht in die Bewahranstalt; in solchem Falle halten diese Damen das Kind auf der Straße an, sprechen gütig mit ihm, streicheln es und nehmen es auf den Arm; es versteht sich nun, daß das Kind sich allmählich zu einer solch gütigen und guten Dame hingezogen fühlt. Und wenn nachher auch die Mutter dem Kinde garnicht gebietet in die Bewahranstalt zu gehen, so läuft es heimlich fort. Warum sollte es auch nicht fortlaufen, da es während des Besuchs der Bewahranstalt von seiten des evangelischen Pastors, oder wie die Masuren hier sagen, des Herrn „Ksiondz“ (polnische Bezeichnung für Geistlicher) zwei Hände voll Bonbons erhält, während die evangelischen Kinder nur eine Handvoll bekommen.

Na also, geht es uns hier nicht gut in Masuren, wenn sogar Zuckerwerk verteilt wird? —

Damit aber nicht etwa die älteren Kinder die Kleinen um diese süßen Wohltaten beneiden, erhalten sie in der Schule Gebetbücher, aber nur darin liegt der Hund begraben, **daß es deutsche Bücher sind.** Und was ist mit ihnen zu machen? In die Kirche nehmen und daraus beten? **Da würde wohl der Herr Jesus das deutsch betende Kind nicht verstehen.** In die Schulbank legen? Das wäre schade, denn schließlich würden sich noch die Motten an diesem deutschen Geschenk deliktieren. Was also tun? Die Sache ist einfach; damit der Wolf satt wird und das Schaf heil bleibt, **tauscht man sie eben gegen polnische Bücher um.** Ist das nicht ein guter Ausweg? Vielleicht würde die geehrte Redaktion den polnischen Kindern bei diesem Umtausch behilflich sein! **Wir könnten diese deutschen Bücher waggonweise schicken, und die Redaktion würde uns dafür polnische Bücher geben, wenn sie auch billiger sein sollten.**

Ich bitte nicht anzunehmen, daß ich erdichtete Sachen erzähle. Wie mir mein Bekannter erzählte, sollen einige Kinder auf diesen Einfall gekommen sein. Die Herren Lehrer und Schulinspektoren können stolz darauf sein, **daß sie solche geistreichen Kinder haben.**

Zum Schluß will ich noch einen ergötzlichen Vorfall erwähnen, der sich in der Nachbarparochie ereignet hat. Ein Mann kommt auf das „Amt“, um seinen Sohn eintragen zu lassen, der den Namen „Boleslaw“ erhalten sollte. — Was, Boleslaw? sagte der Amtmann. Als „Schmerzensreich“ würde ich ihn eintragen, aber als „Boleslaw“ nimmer. Nach langem Handeln endete die Sache damit, daß der Knabe in die Bücher als „Benedykt“ eingetragen wurde. So hat also nun der Vater statt eines Boleslaw einen Benedykt.

Für heute Schluß. Später, wenn ich wieder Neuigkeiten gesammelt habe, werde ich sie mitteilen.

Ein Masur.

(Indem wir für das Gedenken des Bielgrzmys danken, bemerken wir, **daß wir die deutschen Gebetbücher alle den polnischen Kindern in Masuren gern gegen polnische Gebetbücher umtauschen, die uns die geschenkten deutschen Bücher zum Umtausch einsenden.** Die Redaktion des Bielgrzym in Pelsin.)

Nus Oberschlesien.

Nus Nr. 133 der Gazeta Polska (Kösten)

vom 14. Juni 1905:

In Sachen der Wahlen in Oberschlesien erhalten wir aus unserem Leserkreise nachstehenden Brief:

In Oberschlesien beging die polnische Partei wiederum einen großen Fehler (!?).

Das Wahlkomitee erklärte sich wieder Erwarten mit der Kandidatur des Zentrumspartheilers, Pfarrers Abramski, einverstanden. Die dortige Wahlbehörde erklärt dieses ihr Verfahren auf verschiedene Weise; unserer Meinung nach gibt es aber für dieses Verfahren keine Erklärung.

Wie also, in einem Kreise, in dem die Polen zweimal so viel Stimmen haben als die Zentrumspartheiler, wählt man sich einen Zentrumsmann aus und zwar einen solchen, der nicht einmal versprechen wollte, die Interessen des polnischen Volkes zu unterstützen und der früher die nationalen Bestrebungen dieses Volkes bekämpfte?

Und das polnische Komitee hat keinerlei Kompromiß geschlossen?

Wir wollen schon garnicht davon reden, daß der Pfarrer Abramski der polnischen Fraktion beitreten sollte, denn damit werden sich die Zentrumsmänner niemals einverstanden erklären; das polnische Komitee gab aber den Zentrumsmännern zweimal so viel Stimmen, als diese selbst haben, ohne dafür irgend welches Äquivalent zu verlangen, ohne sich auszubedingen, daß die Zentrumsmänner in einem anderen Kreise oder in einer anderen Kadenz dafür ihre Stimmen einem Polen gäben.

Das kann man doch keine „Ausföhnung“ nennen. — Eine Ausföhnung hinsichtlich dieser Frage kann man nur eine Übereinkunft nennen, nach welcher die eine und die andere Seite Zugeständnisse macht.

Hierbei gibt es von seiten der Zentrumsmänner keine Zugeständnisse, es ist das somit keine Ausföhnung, die Polen im Oppelnischen haben sich vielmehr nur ohne jegliche Entschädigung in den Dienst der Zentrumsparthei gestellt.

Weshalb diese Kraftanstrengung der national gesinnten Leute, weshalb diese heroische Arbeit, wenn die Früchte derselben vernichtet werden?

Haben wir denn nicht genug Beweise des „Wohlwollens“ der Zentrumsmänner! Blicken wir doch nur auf andere Kreise Oberschlesiens und selbst auf solche des Großherzogtums, z. B. auf den Wahlkreis Graustadt-Lissa. Bergegenwärtigen wir uns das ungestüme Vordringen der Zentrumsmänner bei der Ungültigkeitsklärung der Mandate der Abgeordneten Brejski und Korfanty, bei der Wahl des Abgeordneten Kzeszniczki usw. — und wir werden verstehen, was wir von ihnen zu erhoffen haben. Nehmen wir an, daß Pfarrer Abramski den Polen wohlgesinnt ist, dann wird die Solidarität des Zentrums ihm auch erlauben, die Rechte des polnischen Volkes in gehöriger Weise zu verteidigen.

Das Komitee hat beschlossen, und diesem Beschlusse muß man sich anpassen, loben aber kann man diesen Schritt des Komitees keineswegs! Gryfita.

Die obigen Betrachtungen rühren von einem angesehenen Bürger her, der im Wahlkreis Graustadt-Lissa wohnt. Es ist das ein Kreis, der bei den letzten Wahlen von der Zentrumsparthei getäuscht worden ist und der sich für die zukünftigen Wahlen vorbereitet, selbst zu wirken, ohne Kompromiß. Wenn alle polnischen Bürger im Lissaischen so dächten, wie unser Korrespondent, dann würden wir diesen Kreis den Deutschen ohne Zweifel streitig machen.

In jedem Falle stellen wir den obigen Artikel unseren Lesern zur Betrachtung, damit sie in ihren Bekanntenkreisen ähnliche Ansichten verbreiteten.

Was Oberschlesien anbetrifft, so sind wir doch nicht ganz mit den Ansichten unseres Korrespondenten einverstanden. Wir geben ihm darin Recht, daß man vom Zentrum kein anderes Zugeständnis verlangte, daß man sich vielmehr mit der mündlichen Zusicherung des Pfarrers Abramski zufrieden gab, daß er die Rechte des polnischen Volkes im Rahmen des Zentrumsprogramms verteidigen werde. Das ist in nationaler Hinsicht etwa keine große Errungenschaft, vielmehr nur eine kleine, aber bedenken wir doch, sollen sich eventuell im Oppelnischen die Sohrauer Vorgänge wiederholen? Das wird sich heute nach unserer Meinung doch wohl kein Pole wünschen.

Was Oppeln anbelangt, so meinen wir, daß vielleicht dank der ruhigen national-aufklärenden Arbeit zur nächsten Radenz für die polnische Sache noch etwa ein halbes Hundert von Wahlmännern werden gewonnen werden können. Nun, dann werden die Polen keinerlei Kompromisse mehr schließen und einen Polen wählen, welcher der polnischen Fraktion beitrifft.

Aus Nr. 136 des Głos Śląski (Gleiwitz)

vom 16. Juni 1905:

Die Wahl in Rattowitz-Zabrze.

I.

Bekanntlich hat die Zentrumsparthei den Herrn Pfarrer Kapiża aus Tichau als Kandidaten aufgestellt, und der Herr Pfarrer hat die Kandidatur angenommen, wie die Zentrumsblätter mitteilen.

Pfarrer Kapiża ist katholischer Priester, bei uns in ganz Schlesien ist er als Apostel der Enthaltensamkeit bekannt, und um diese Sache hat er sich nicht geringe Verdienste erworben. Das wissen wir alle, und es wäre ein Fehler, wollten wir dem Herrn Pfarrer Kapiża nicht das geben, was ihm gebührt, und wollten wir ihm nicht diejenigen Verdienste zuerkennen, die er sich wirklich erworben. Als Geistlicher ist er ein musterhafter Priester, als Apostel der Enthaltensamkeit hat er getan und tut er, was er vermag und was in seinen Kräften liegt. Auch darf nicht verhehlt werden, daß Pfarrer Kapiża in Kreisen des polnischen Volkes beliebt ist, daß er sich des Vertrauens und der Sympathie desselben erfreut.

Das wissen auch wir, das wissen aber auch die Zentrumsleute. Und eben dieser Umstand hat die Zentrumsleute veranlaßt, solange in ihn zu dringen und ihn zu bitten, bis sie ihn schließlich dazu bewogen haben, die Kandidatur anzunehmen. Die Zentrumsleute sind der Ansicht, daß dies für sie die glücklichste Kandidatur ist, um die sie diejenigen Massen des polnischen Volkes zu vereinigen im Stande sein werden, die politisch noch nicht gereift sind und mit deren Hilfe sie von neuem das verlorene Mandat in Rattowitz-Zabrze werden wiedergewinnen können.

Aus diesem Grunde müssen auch wir nationale Polen gut überlegen, daß wir der Wahlaktion eine solche Richtung geben, daß dem Pfarrer Kapiża das gegeben werde, was ihm als musterhaftem Priester und als einem um das Volk verdienten Manne gebührt, daß aber nichts desto weniger für den nationalen Kandidaten diejenigen Volksmassen gewonnen werden, die das erforderliche Maß nationaler und politischer Aufklärung bis jetzt nicht besitzen.

In erster Linie handelt es sich darum, daß wir das polnische Mandat wiedererobern, welches im Reichstage für ungültig erklärt wurde. Es handelt

sich also nicht so sehr um die Person des Kandidaten, als um die polnische Sache. Herr Pfarrer Kapiża ist ein Priester von nicht geringen Verdiensten, das leugnen wir keineswegs, er ist aber ein Vertreter der Zentrumsparthei, mithin derjenigen politischen Richtung bei uns in Schlesien, die alles daransetzt, daß unsere polnisch-nationale Bewegung bei den Wahlen eine Niederlage erfahre und zugunsten des Zentrums beseitigt werde. Wir sind weit entfernt, einen katholischen Geistlichen zu bekämpfen. Wir brauchen dies nicht näher zu erklären, denn unsere Leser kennen die politische Richtung unseres Blattes genau, und sie wissen, daß wir als polnisch-katholisches Blatt den Geistlichen zukommen lassen, was ihnen gebührt. Ebenso entfernt sind wir, gegen die Zentrumsparthei irgend einen besonderen Haß zu hegen, ihr schon im voraus schändliche oder schimpfliche Niederlagen voranzusagen, namentlich aus dem Grunde, weil der Vertreter, der Kandidat dieser Parthei, ein katholischer Geistlicher ist. Gerade dieser Umstand legt uns die Pflicht auf, die Wahlaktion vorsichtig und umsichtig zu leiten, damit wir nicht die geringste Veranlassung bieten zu so unbegründeten Vorwürfen, wie sie gegen uns noch unlängst erhoben wurden, daß wir nämlich Feinde der Kirche und der Geistlichkeit sind.

Andererseits aber müssen wir alles daransetzen, was in unseren Kräften steht, um der nationalen Bewegung und dem polnischen Kandidaten, der vom polnischen Wahlkomitee aufgestellt wurde, den Sieg zu sichern. Bei dieser Wahl kommt es nicht darauf an, schändliche oder schimpfliche Niederlagen im voraus anzukündigen, sondern nur darauf, unserer nationalen Abgesondertheit, der polnischen Sache, dem polnischen Kandidaten den Sieg zu vergewissern und das Zabrze-Rattowitzer Mandat zu retten. Wer gerecht und ehrlich ist, wird uns keinen Vorwurf daraus machen, daß wir an dem polnischen Siege arbeiten, denn als Polen haben wir dazu ein unbestrittenes Recht. Bei den bevorstehenden Wahlen müssen wir dies unseres Erachtens streng beobachten, und auf dieser Grundlage müssen wir die ganze Wahlaktion durchführen, eigens aus dem Grunde, weil der Kandidat der Zentrumsparthei ein katholischer Geistlicher sei.

Von unserem katholischen Standpunkt aus zögen wir es vor, wenn Herr Pfarrer Kapiża das Mandat aus den Händen der Zentrumsparthei nicht angenommen hätte. Im Wahlbezirk Rattowitz-Zabrze wird es zu einem heftigen Wahlkampf kommen. Auf der einen Seite werden die unter der nationalen Fahne organisierten, auf der anderen Seite die unter der Zentrumsfahne marschierenden Katholiken stehen. Bei solchen Kämpfen muß beim besten Willen und bei den besten Absichten das Ansehen des Geistlichen leiden. Wir hätten es lieber gesehen, wenn Herr Pfarrer Kapiża diese Kandidatur ausgeschlagen und sie irgend einem weltlichen Zentrumsmann überlassen hätte. Durch die Annahme der Kandidatur deckt er die Zentrumsleute, er stellt sich auf die Seite des Zentrums gegen uns Nationalpolen, die wir doch ebenfalls Katholiken sind und die wir unseren Geistlichen gegenüber die notwendige Achtung und Ehrerbietung bewahren wollen. Ein katholischer Geistlicher sollte unseres Erachtens nur dann eine Kandidatur annehmen, wenn er ihrer sicher ist und die Garantie besitzt, daß alle Katholiken für ihn stimmen werden. Im vorliegenden Falle ist keine Rede davon.

Diese Angelegenheit hat Herr Pfarrer Abramski aus Oppeln aufgeklärt. Er schrieb bereits nach seiner Aufstellung zum Kandidaten in der Schles. Volksztg., daß er die Kandidatur erst dann angenommen habe, als er die Gewißheit gewonnen hätte, daß die polnischen Katholiken für ihn stimmen würden. Im entgegen-

gefesten Falle hätte er die Kandidatur abgelehnt, denn als katholischer Geistlicher hätte er auf Seiten der einen Katholiken gegen die andern stehen müssen.

Diesen Standpunkt erachten wir als den richtigen, und es ist schade, daß die Zentrumsleute im Bezirk Rattowitz-Zabrze, wie auch Herr Pfarrer Kapiza aus Tichau gerade diesen Punkt nicht auch in Erwägung gezogen und danach gehandelt haben.

Heut ist es vollzogene Tatsache, daß die Zentrumsleute den Pfarrer Kapiza aufgestellt haben und dieser die Kandidatur angenommen hat. Bei uns Polen wurde der bisherige Abgeordnete Herr Korfanty als Kandidat aufgestellt. Das polnische Wahlkomitee hat bis jetzt seine Kandidatur nicht bekannt gemacht, nur die Blätter schreiben davon. Von verschiedenen Seiten, besonders außerhalb Schlesiens, werden deshalb gegen das Komitee schwere Vorwürfe erhoben, und insbesondere wird ihm vorgeworfen, daß es sich gleichgültig und kühl verhalte und daß bei der Aufstellung der Kandidatur des Herrn Korfanty bisher die offizielle, amtliche Form des Komitees gekehrt habe. Soviel wir die Sachlage kennen, sind diese Vorwürfe unberechtigt, worüber wir uns im nächsten Artikel besonders auslassen werden.

Aus Nr. 138 des Głos Slaski (Gleiwitz)

vom 17. Juni 1905:

Wahlen in Rattowitz-Zabrze.

II.

Wir sagten gestern, gegen das polnische Wahlkomitee in Schlesien wurden Vorwürfe erhoben, weil es sich bis jetzt in der Wahlangelegenheit nicht habe vernehmen lassen, weil es die Kandidatur des Herrn Korfanty zwar aufgestellt, bisher aber nicht öffentlich bekannt gemacht habe, daß bei der ganzen Angelegenheit die amtliche, offizielle Form fehle, und weil sich das Komitee kühl und gleichgültig verhalte.

Diese Vorwürfe wurden in verschiedenen, sowohl Posener, wie galizischen und Warschauer Blättern erhoben. Auch an unsere Redaktion wandten sich unsere Leser mit der Frage, weshalb die Kandidatur des Herrn Korfanty bis jetzt vom Komitee noch nicht öffentlich bekannt gemacht worden sei? Diesen Lesern suchten wir die Angelegenheit nach Möglichkeit brieflich aufzuklären.

Unseres Erachtens ist es Zeit, die Angelegenheit öffentlich aufzuklären, damit unter dem Volke, namentlich aber unter den Wählern in Rattowitz-Zabrze, keine unnötige Besorgnis vorhanden sei. Dem Komitee kann in diesem Falle kein Vorwurf gemacht werden. Wenn das Komitee so verfährt, wie es der Fall ist, muß man seinen Standpunkt daraus erklären, daß es sich durch Rücksichten auf den Katolik leiten lassen muß, der bekanntlich geschrieben hat, daß er die Kandidatur Korfantys nicht bekämpfen, daß er sie aber auch nicht unterstützen werde, daß er den ersten Proklamierungsausruf des Komitees veröffentlichen und es dabei bewenden lassen werde.

Aus diesem Grunde muß man dem Komitee freie Hand und freies Tun darin lassen, wann diese es für nötig finden wird, diesen ersten Proklamierungsausruf zu erlassen, damit diesen auch der Katolik veröffentliche. Handelt es sich doch darum, daß für den nationalen Kandidaten auch Anhänger und Leser des Katolik gewonnen werden. Ein zur richtigen Zeit veröffentlichter Komitee-Ausruf kann in dieser Beziehung der guten Sache sehr große Dienste erweisen, ein vorzeitig veröffentlichter Ausruf dagegen kann seinen Zweck verfehlen. Manchem, der unsere Ver-

hältnisse nicht kennt, kann ein solcher Standpunkt sonderbar erscheinen, und dennoch hat er unter unseren Verhältnissen seine Berechtigung.

Der passive Standpunkt, den der Katolik den Wahlen gegenüber einnehmen will, ist nichts Neues. Einen eben so passiven Standpunkt vertrat er vor zwei Jahren, als es sich um die Kandidatur des Grafen Ballestrem handelte. Auch den Grafen Ballestrem unterstützte er nicht, er bekämpfte ihn aber auch nicht. Ebenso schreibt er jetzt hinsichtlich der Kandidatur Korfantys, daß er ihn nicht bekämpfen, aber auch nicht unterstützen werde.

Der Katolik beging bei der Kandidatur des Grafen Ballestrem einen großen Fehler, und auch jetzt bei der Kandidatur Korfantys begeht er den gleichen Fehler, der unsere Sache, wie er ihr im ersten Falle geschadet hat, auch im zweiten Falle Schäden und Verlusten aussetzen kann.

Möchte sich doch der Katolik noch im letzten Augenblick besinnen und einen entschieden polnisch-nationalen Standpunkt einnehmen. Wir schreiben und erklären schon in der letzten Nummer, aus welchem Grunde wir es für nötig und geeignet ansehen, daß eine Wahlaktion und Agitation in Rattowitz-Zabrze durchgeführt werde. Uns scheint es, daß eine solche Grundlage dem Katolik den Standpunkt sowohl dem Pfarrer Kapiza, als auch dem Abgeordneten Korfanty gegenüber erleichtern müßte. Dem Pfarrer Kapiza gegenüber müssen die notwendigen Rücksichten und die ihm gebührende Achtung beobachtet werden, andererseits aber soll die Kandidatur Korfantys nicht um seiner Person willen, nicht seiner Person wegen unterstützt werden, sondern der guten Sache wegen, die er in diesem Falle als Kandidat vertritt. Wenn der Katolik in keiner Weise hinsichtlich der Kandidatur Korfantys eine wohlwollendere und korrektere Haltung einnehmen will, so möge er doch auf die gute Sache Rücksicht nehmen.

Schon einmal schrieb der Dziennik Poznański, daß der Katolik nicht gut und nicht richtig verfare. Der heutige Dziennik Poznański läßt sich ebenso vernehmen und schreibt unter anderem wie folgt: „Wir wenden uns an unsere Landsleute in Schlesien mit der Bitte, solidarisch für den legalen Kandidaten zu stimmen. Man darf erwarten, daß die ganze polnische Presse — ohne Ausnahme — in diesem Geiste arbeiten wird, denn nur auf diese Weise ist es möglich, den polnischen Kandidaten durchzubringen.“

Auch wir bitten den Katolik, sich diese Worte zu Herzen nehmen zu wollen. Die Wahl wird höchstwahrscheinlich Ende Juli stattfinden, es ist also die höchste Zeit, die Zwietracht und Abneigung einzustellen, statt dessen aber eine ehrliche Wahlarbeit zu beginnen und sich als einheitliches, diszipliniertes polnisches Nationallager und unseren Kandidaten den Sieg zu sichern. Wir erlauben uns, den Katolik darauf aufmerksam zu machen, daß jetzt der richtige Zeitpunkt eingetreten ist, seine nationalen Fahren zu entfalten, von denen er noch unlängst schrieb.

Wir Polen in Oberschlesien befinden uns an und für sich schon in einer unangenehmen Lage. Sälle zur Veranstaltung von Volks- und Wahlversammlungen können wir nirgends erhalten, mittelst des lebendigen Worts also können wir zur Arbeit und zu den nationalen Pflichten während der Wahl nicht anfeuern. Statt dessen müssen die polnischen Blätter alles tun, was in ihren Kräften steht, damit der so schwer eroberte Zabrze-Rattowitzer Wahlbezirk für die polnische Sache nicht verloren gehe.

Die Person des Herrn Korfanty ist dem Katolik unangenehm. Heute werden wir nicht untersuchen,

ob der Katolik recht hat, oder nicht, wir bitten ihn aber, dessen eingedenk zu sein, daß es sich nicht um Herrn Korfanty, sondern um die gute Sache handelt. Für die gute Sache aber muß man persönliche Vorurteile und Abneigungen abstreifen, und alles für sie tun, was in unseren Kräften steht. Unser Feind in der eigenen Volksgeamtheit ist — auch die Zwietracht, Uneinigkeit, Disziplinlosigkeit, vor allem aber Disziplinlosigkeit. Was wird daraus werden, wenn jedermann auf eigene Faust handeln wird? wenn heute der Katolik, morgen der Glos, Gornoslonszak, Polak usw. so verfahren und jeder ohne Rücksicht auf die Wahlbehörde und Disziplin, persönlichen Abneigungen zu Liebe, auf eigene Faust zu handeln beginnen wird? Welches Schauspiel werden wir darbieten, wenn diejenigen, die die Wahlbehörde und Disziplin wie einen Augapfel hüten und pflegen sollten, sie selbst untergraben werden?

Möge dies der Katolik in Erwägung ziehen. möge er sich vor Augen führen, was wir in der letzten Nummer schrieben, und es scheint uns, daß er, wenn er auf diesem Standpunkt bei der Wahl stehen wird, seinen Standpunkt keinen Abbruch zu tun braucht und der guten Sache dennoch große Dienste erweisen, sowie zusammen mit dem Komitee und den anderen Blättern zum Siege des polnischen Kandidaten im Wahlbezirke Rattowitz-Fabrze beitragen wird.

Aus Nr. 24 des Polak (Rattowitz)

vom 20. Juni 1905:

Betrifft die Kandidatur des Pfarrers Kapiża.

Fabrze.

Aus Wählerkreisen erhalten wir nachstehende Zuschrift:

„Keine geringe Verwunderung hat unter den katholischen Arbeitern der Umstand hervorgerufen, daß Pfarrer Kapiża die aus den Händen des Zentrumskomitees ihm angebotene Kandidatur angenommen hat. Nach dem, was in Oberschlesien infolge des vorjährigen Wahlkampfes zwischen der Geistlichkeit und dem polnischen Volke passiert ist, durfte man erwarten, daß die Zentrumsleute mit Rücksicht auf das Wohl der Kirche es nicht wagen werden, die kaum vernarbte Wunde von neuem aufzureißen. Allein diejenigen, die auf ihre Fahnen den Kampf für das Wohl der Kirche geschrieben haben, vergessen ihre Lösungsworte, wenn es ihnen um den Vorteil ihrer Partei zu tun ist. Nach all den unangenehmen Vorfällen, deren Zeugen wir in Oberschlesien waren, hätten sich die Zentrumsleute einen weltlichen Kandidaten ausersuchen sollen, um den Priesterstand nicht wiederum in den Wahlkampf zu mischen und um das sich bessernde Verhältnis des polnischen Volkes zur Geistlichkeit nicht wieder zu verderben. Daran dachten sie nicht. Daß aber unsere Befürchtungen nicht grundlos waren, davon können wir uns vom ersten Augenblick an überzeugen, denn das Zentrumsorgan Volksstimme in Gleiwitz appelliert, indem es den Pfarrer Kapiża als Kandidaten empfiehlt, fortwährend an seinen priesterlichen Charakter und hebt unablässig den Stand des Zentrumskandidaten hervor. Schon dadurch allein leitet das Gleiwitzer Blatt den Wahlkampf und die Wahlverhandlungen auf ein Gebiet hinüber, der ein Moorboden ist, auf welchem die katholische Sache Schädigungen ausgesetzt ist. Pfarrer Kapiża hätte dies selbst erwägen und die Folgen seiner Kandidatur berechnen sollen. Mit Rücksicht auf das Wohl der

Kirche hätte er die Kandidatur nicht annehmen dürfen. Wir setzen nämlich voraus, daß er ein wenig von seiner vorjährigen Übereiltheit eingeblüßt hat, als er im Verein mit dem Totengräber des schlesischen Zentrums Pfarrer Dr. Stephan die Polen bekämpfte und in Blättern Artikel veröffentlichte, die sich mit der Würde eines Priesters nicht sehr vertrugen.

Die Arbeit des Pfarrers Kapiża hinsichtlich der Bekämpfung der Trunksucht bekämpfen wir nicht, wir loben sie vielmehr im Bereiche der Kirche. Diese Arbeit des Pfarrers Kapiża außerhalb der Mauern der Kirche vollzieht sich in solchen Formen und mit solchen Mitteln, daß wir sie als Polen und Volksparteiler nicht loben können. Die Mittel, deren er sich bedient, schaden nur seiner Arbeit, denn die breiten Schichten des polnischen Volkes haben zu seiner Arbeit kein volles Vertrauen. Die Bedrückung der Polen ist heutzutage groß. Der Hafatismus nimmt bei uns eine widerwärtige Form an und richtet gegen uns einen nie dagewesenen Haß. Diese gehässigen Gefühle der deutschen Hafatisten gegen uns Polen sehen wir auf Schritt und Tritt, und wir spüren sie am eigenen Leibe. Die ober-schlesischen Arbeitgeber und ihre Beamten behandeln den Arbeiter auf die schlimmste Weise, sie schmähen ihn, bezahlen ihn schlecht, und bringen ihm für seine schwere Arbeit auf jedem Schritte Verachtung entgegen. Die Polizeibehörden fündigen bei der gegenwärtig herrschenden hafatistischen Strömung natürlich auch nicht durch Liebe zum polnischen Volke.

Und das sind Freunde des Geistlichen Kapiża, denn außerhalb der Kirche bekämpft er die Trunksucht gemeinsam mit den Landräten, Arbeitgebern und Hafatisten. In deren Gesellschaft steht das Volk den Pfarrer Kapiża. Unter unseren Verhältnissen glauben die breiten Schichten des polnischen Volkes an die Aufrichtigkeit der von Hafatisten, Polizisten und Arbeitgebern geübten Betätigung an der Ausrottung der Trunksucht nicht. Wenn diese Herren wirklich mit dem Trunksuchtsteufel kämpfen wollten, dann würden sie der Entwicklung solcher polnischer Vereine nicht hinderlich sein, in denen sich das Volk ehrbar amüsieren und belehren könnte, anstatt Geld, Gesundheit und das Seelenheil in Aneipen einzubüßen. Die breiten Schichten des Volkes sagen, diese Gegner sähen es lieber, daß sich das polnische Volk dem Trunke hingebe, wenn es sich nicht auf deutsche Art unterhalten wolle.

Eine solche Gesellschaft kann den Pfarrer Kapiża dem Volke nicht empfehlen. Schon manchmal schrieben polnische Blätter davon, und sie schrieben nur das, was das Volk denkt. Wenn Pfarrer Kapiża mit ganzer Seele für das polnische Volk arbeiten will, so möge er die vorerwähnte Gesellschaft aufgeben, so möge er sich nicht in politische Kämpfe mischen, sondern die Bekämpfung der Trunksucht als seine Lebensaufgabe ansehen. Diese seine ewige Einmischung in politische Streitigkeiten muß ihm Feinde verschaffen, Mißtrauen zu seiner Arbeit erwecken, und er darf sich darüber nicht wundern.

Wer sein Leben parteiloser sozialer Tätigkeit, wie die Bekämpfung der Trunksucht ist, widmet, der sollte am partipolitischen Leben nicht so hervorragenden Anteil nehmen, wenn er nicht im Reine das Werk vernichten will, das er zu schaffen willens ist. Mit Rücksicht auf die Sache der Kirche und auf den Kampf mit der Trunksucht hat Pfarrer Kapiża schlecht gehandelt, wenn er die Zentrumskandidatur angenommen hat. Das beste, was er tun konnte, wäre gewesen, wenn er auf die Kandidatur verzichtete, wenn er überhaupt die Politik an den Nagel hängen

würde, wie er es versprochen haben soll, und wenn er in der einmal erwählten Richtung arbeiten wollte und nicht in Gesellschaft von Haxatisten, Polizisten und Arbeitgeber, sondern gemeinsam mit dem polnischen Volke. Die Wahl Niederlage, die ihm zweifellos bevorsteht, wird nicht dazu beitragen, ihm das Vertrauen derjenigen zu gewinnen, die er zu befehlen wünscht. Wir Polen werden alle Kräfte aufbieten, um unsere Errungenschaft zu behalten, das Zentrum aber und dessen Politik hat das polnisch-katholische Volk so hassen gelernt, daß heute wohl sehr wenige Arbeiter einen Zentrumsmanne unterstützen werden. Für uns, Brüder, Volksgenossen, besteht nur ein Wahlpruch: Bieten wir alle Kräfte auf, daß wir unsern Abgeordneten Adalbert Korfanty wählen.

Aus Nr. 48 der Gazeta Opolska (Oppeln)

vom 16. Juni 1905:

Betrifft die Wahl in Oppeln.

Wir können fñr wahr schwerlich verstehen, wie dem Gornostonjak die Oppelner Wahlangelegenheit unklar sein kann. Sie ist dem in Kleinwitz erscheinenden Glos Slonski, dem Lech, Drendownik und vielen anderen Blättern klar, die nicht oberflächlich, sondern mit Sachkenntnis die Verhältnisse betrachten, und dem Gornostonjak sollte die Lage unklar sein? Uns scheint es, daß den jetzigen Redakteuren des Gornostonjak alles sehr klar ist; wir haben soviel Vertrauen zu ihrem politischen Sinn. Nur jemand anders außerhalb des Bereichs des Gornostonjak, dem, wie wir annehmen, die Redaktion dieses Blattes aus Gastfreundlichkeit das Wort erteilt hat, wünscht eine Aufklärung, und zwar unseres Erachtens nicht deswegen, weil ihm die Lage nicht klar ist, sondern weil ihm die Wahlbewegung im Oppelner Bezirk zu wenig radikal ist. Solche abenteuerliche politische Liebhaber sehen wir in Blättern, die sich allein für patriotisch halten, öfter. Natürlich ist es schade um Zeit und Worte, um auf solche sinnlose Angriffe zu antworten. Wir raten jedoch jenen Politikern, die unsere Verhältnisse besser kennen wollen, als das polnische Lokalkomitee, sich den ellenlangen Artikel in Nr. 136 des Ratiborer haxatistischen Anzeigers vom 15. d. Mts. durchzulesen. Vielleicht werden ihnen schließlich die Augen aufgehen, wenn sie erblicken, welche Wut die an der Oppelner Angelegenheit interessierten Regierungsanhänger ergriffen hat, die mit ganzer Bereitwilligkeit die Hand zur Schaffung eines „Mischmasches“ darbieten wollten, ferner wie sie die Polen und den Herrn Pfarrer Abramski schmähcn, von dem sie schreiben, er habe aus Rozdzin-Schoppinitz nach Oppeln das Renommee der Zuneigung zu den Polen mit sich gebracht, und jetzt verbinde er sich sogar mit diesen „Feinden des Vaterlandes“.

Wenn dies diesen Herren noch nicht genügt, so mögen sie noch in andere haxatistische Blätter, wie in die Rattowitzer Zeitung, in den Oberschlesischen Wanderer usw. ihren Blick werfen, und sie werden sich überzeugen, wie gehässig diese Blätter gegen die polnische Bevölkerung infolge der gegenwärtigen Gestaltung der Wahlaktion im Oppelner Bezirke vorgehen.

Das Oppelner Volkskomitee hat die Wahlaktion keineswegs zu hñzig in Angriff genommen, sondern nach gehöriger Erwägung der Angelegenheit, die schon bedeutend früher erfolgt war, bevor noch die Herren Kritiker an Oppeln überhaupt zu denken vermochten.

Unserem Komitee gehören größtenteils Leute an, die seit Jahren die Angelegenheiten des polnischen Volkes im Auge hatten und die eher ans Werk traten, als diejenigen, die heute eine hohe Politik zu machen wünschen.

Unseren Vertrauensmännern ist es ebenfalls völlig klar, daß bei der gegenwärtigen Wahl im Oppelner Bezirk nur die Frage entstehen konnte, von wem der Zentrumsabgeordnete in den Landtag wird eingeführt werden, ob von der polnischen Bevölkerung und den Zentrumsleuten, und ferner, welcher Zentrumsabgeordnete, ob derjenige, welcher dem polnischen Volke lieb ist, oder aber derjenige, den sich der „Mischmasch“ ausersehen hat.

Eine dritte Möglichkeit gab es absolut nicht! Wer dagegen auf die Möglichkeit irgend einer Zersprengung der deutschen Parteien rechnet, der täuscht sich gewaltig. Bei der letzten Wahl hat es sich gezeigt, mit welcher Leichtigkeit die Zentrumsleute mit Hilfe des „Mischmasches“ ihren deutschen Kandidaten gewählt haben. Ebenso wäre es, wie uns bekannt ist, unbedingt auch gegenwärtig gewesen. Obgleich hier die Regierungsanhänger gewöhnlich mehr Wahlmänner haben als die Zentrumsleute, gehen sie nicht allein, sondern sie wollen lieber den Zentrumsleuten nachgeben, um nur einen Abgeordneten durchzubringen, den sich das polnische Volk nicht wünscht.

Von dem gleichen politischen Verstande müssen sich die Polen leiten lassen. Was nützt es, daß wir 200 Wahlmänner haben, wenn dies nicht zur absoluten Mehrheit genügt, die selbständig zu unseren Gunsten entscheiden würde; was nützt uns das, da wir wissen, daß sich die Zentrumsleute, wenn sie uns nicht hätten, an die Regierungsanhänger und an den ganzen „Mischmasch“ um Hilfe wenden können und diese sofort erhalten werden?! Was nützt uns das, daß sie so nicht handeln dürften, wenn die Beispiele auch bei uns lehren, daß sie dies nur zu gern tun?!

Seien wir also nicht naiv und sagen wir nicht, daß eine Niederlage besser wäre als Eintracht! So können nur diejenigen sprechen und schreiben, die des „nationalen Geschreis“ wegen arbeiten, nicht aber diejenigen, denen es um das Wohl und um die Zukunft des Volkes zu tun ist.

Der Gornostonjak schreibt, es genüge nicht, wenn der Kandidat „gut polnisch spricht“. Wir sind auch der Ansicht, daß dies nicht genügt. Daher müssen auch die Vertrauensmänner nicht auf Worte und leeres Geschrei achten, sondern auf rechtfertigende Taten.

Bei uns wurde in dieser Beziehung die Pflicht getan. Unser Komitee läßt sich dies unter keiner Bedingung absprechen.

Dem polnischen Kreiskomitee in Oppeln ist noch der hochwürdige Herr Pfarrer Janowski aus Groß-Rotarz (?) beigetreten. Er steht vollständig auf dem Standpunkt der bisherigen Beschlüsse des Komitees.

* * *

Aus Nr. 49 der Gazeta Opolska

vom 20. Juni 1905:

In der letzten Nummer sprachen wir die Vermutung aus, daß ein Artikel des Gornostonjak über die Wahl nicht aus der Redaktion dieses Blattes stamme, sondern von jemand anders außerhalb des Bereichs des Gornostonjak.

Infolgedessen teilt uns der Vorstand des „polnischen Wahlkomitees für Schlessien“ mit, daß „kein Mitglied des Komitees mit den Artikeln im Zusammenhang steht, die in Wahlangelegenheiten in den obereschlesischen Blättern veröffentlicht worden sind.“

Aus Nr. 21 des Polak (Kattowitz)

vom 13. Juni 1905:

Betrachtungen über den Beuthener Prozeß.

Am Freitag, Nachmittags 5 Uhr wurde das Urteil in der Beuthener Bankangelegenheit gefällt. Der Prozeß dauerte volle 8 Tage vor der Beuthener Strafkammer. Das Gericht verurteilte den Direktor Herrn Szaflik zu 6 Wochen Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe, den Kassierer Herrn Dr. Skowronski zu 300 Mark Geldstrafe, den Kontrolleur Herrn Reclaw zu 1000 Mark Geldstrafe, Herrn Adam Napieralski zu 1200 Mark Geldstrafe, Herrn Dr. Hanke zu 600 Mark Geldstrafe und Herrn Rechtsanwalt Chapla zu 1500 Mark Geldstrafe.

Die Bedeutung der Volksbanken zwecks Hebung der wirtschaftlichen Lage unseres Volkes ist bekannt. Dieses Urteil hat für uns also eine grundsätzliche soziale Bedeutung, denn es haben nicht die bestraften Herren auf der Anklagebank gesessen, sondern überhaupt unsere größte Bank in Schlessien, welche so zu sagen die Mutter aller unserer anderen Banken war. Haben unsere Banken durch das Beuthener Urteil eine moralische Niederlage erlitten, kann das Urteil des Beuthener Gerichts das Vertrauen, welchen sie sich bei unserem Volke erfreuen, erschüttern? Darauf muß kurz mit „nein“ geantwortet werden. Die Bank als solche ist aus dieser Sache vollständig unversehrt hervorgegangen, ja, die gerichtlichen Verhandlungen und die Aussagen der Sachverständigen haben ergeben, daß die Beuthener Bank eine musterhafte Institution ist. Es unterliegt keinem Zweifel, daß unsere Bürgenfreunde alle Kräfte anspannen, um das Vertrauen zu unseren Banken zu untergraben, um das polnische Volk zu bewegen, seine Ersparnisse in den deutschen Banken niederzulegen, wo man mit diesen zum Nutzen der kapitalistischen Politik Geschäfte macht. Unser Volk beginnt es einzusehen, die Augen gehen ihm auf, und es wird die Zeit kommen, daß kein Bauer, kein Arbeiter seine Groschen in die deutschen Banken tragen wird.

Die Bank als solche ist aus diesem Prozeß vollständig ohne Nachteil hervorgegangen. Die Vergehen, welche dem Angeklagten vorgeworfen wurden, haben sogar nach Ansicht des Staatsanwalts niemandem Schaden oder Verluste zugefügt. Unseres Erachtens haben die Verurteilten und Angeklagten die angeblichen Vergehen nicht in dem Bewußtsein begangen, daß sie etwas schlimmes, unerlaubtes tun, sondern sie haben angenommen, daß sie gut und gewissenhaft verfahren. Das Gericht war anderer Ansicht, denn es hat erkannt, daß sie die Vergehen wissentlich begangen haben. Das Gericht urteilte nach bestem Wissen und nach seiner Überzeugung, aber auch uns ist es gestattet, die eigene Überzeugung zu haben, daß die Verurteilten in gutem Glauben gehandelt haben.

Der Staatsanwalt selbst hat es anerkannt, daß die Angeklagten nicht aus niedrigen Beweggründen gehandelt, sondern daß sie für ideale Zwecke mit Aufopferung für die gute Sache gearbeitet hätten. Der Staatsanwalt und die Sachverständigen haben er-

klärt, daß die Arbeit des Aufsichtsrates eine musterhafte, gewissenhafte und große sei, und einer der Sachverständigen hat sie bewundert und den Wunsch ausgesprochen, daß in den deutschen Genossenschaften eine gleiche Arbeitsamkeit herrschen möge.

Der Staatsanwalt und die Sachverständigen haben, mit Ausnahme zweier, wenn wir uns nicht irren, erklärt, daß, wenn die Deponenten plötzlich die Auszahlung ihrer Depositen von der Bank verlangen würden, die Bank diese dreist auszahlen könnte, und dennoch nicht zu Falle kommen würde. Das bedeutet, daß die Bank auf starker Grundlage steht und daß wir, wenn wir unsere Ersparnisse in dieser niederlegen, keinen Gefahren ausgesetzt sind.

Die Bank hat also Stürme überstanden und wird solche weiter überstehen.

Zwei Sachverständige, die Beuthener Bankiers Herren Landsberger und Chorinski, haben zwar unter ihrem Eide ausgesagt, daß die Bank nicht bestehen könnte, falls die Deponenten plötzlich die Auszahlung ihrer Depositen verlangen sollten. Diese Herren stellten der Bank überhaupt ein schlechtes Zeugnis aus. Wir zweifeln auch nicht einen Augenblick daran, daß beide in gutem Glauben und so ausgesagt haben wie es ihnen ihr Gewissen befohlen hat. Aber auch das Gewissen kann sich täuschen, der Mensch nimmt aber das, was ihm das Gewissen sagt, als die reinste Wahrheit an, weiß aber selbst davon nichts. Vielleicht war es auch so mit diesen beiden jüdischen Bankiers aus Beuthen, welche ja Konkurrenten der Bank sind. Wenn wir dies sagen, behaupten wir gar nicht, daß diese Herren subjektiv die Unwahrheit gesagt hätten. Sie waren und sind von der Richtigkeit ihrer Aussagen überzeugt, doch objektiv brauchen diese gar nicht richtig zu sein, besonders, wenn sie im Gegensatz zu den Sachverständigen stehen, welche die Beuthener Bank nichts angehen.

Für die Mitglieder der Bank folgt aus diesem Prozeß eine Lehre, nämlich die, daß sie aus Freundschaft für andere nicht leichtfertig bürgen sollen. Wenn Du jemandem bürgst, so ist es gerade so, als wenn Du selbst ein Darlehen aufnehmen würdest, welches Du einst zurückgeben mußt. Auf gute Bürgen gibt die Bank Gelder, sie hat aber die Verpflichtung, dieses Geld zurückzuverlangen. Wenn die Schuld derjenige, welcher das Geld genommen hat, nicht zurückzahlen kann, so muß es derjenige zurückzahlen, welcher mit ihm zugleich den Wechsel unterschrieben hat. Es gibt viele solche, die dann, wenn sie für andere zahlen müssen, herumgehen und über die Bank schimpfen, daß sie sie bestohlen habe. Nicht die Bank hat sie bestohlen, sondern sie selbst, indem sie ihre Unterschrift unter den Wechsel zeichneten. Zweitens muß man unsere Leute vor leichtfertigen Spekulationen warnen. Es hat sich herausgestellt, daß Leute, welche etwas Geld besitzen, sich auf verschiedene Spekulationen werfen, und das Ende davon ist, daß ihnen anstatt der Gälter, welche sie vom Dache herunterholen wollten, der Spatz fortfliegt, welchen sie in der Hand hatten. Ein solcher ist z. B. der Zeuge Grabar, ein Bauer, welcher kaum seinen Namen schreiben kann. Ein Mann, bei welchem die Intelligenz gering, und welcher nicht im Stande ist, eine kleine Wirtschaft zu verwalten, aber dafür macht er Ansprüche darauf, ein Millionär zu werden. Er baut Häuser dutzendweise, kauft prächtige Güter, legt Fabriken an, und Gott weiß was alles. Und das Ende dieser Habgier ist welches? Er verliert alles, und seine Verwandten und Bekannten, welche ihm Wechsel unterschrieben haben, setzt er noch nie dagewesenen Verlusten aus und macht sie bis in den Tod unglücklich. In diesen Fällen

Können wir dem Herrn Direktor Szaslik nicht den Vorwurf ersparen, daß er leichtfertig abhandelt und Leuten wie dieser Grabar von Spekulationen nicht abgeraten, sondern sie dazu überredet hat, wie das Gericht umgeht. Herr Szaslik wollte in Schlessien einen Großgrundbesitzer- und Großindustriellenstand usw. schaffen, als Direktor einer solch großen Bank mußte er aber wissen, daß man solche Spinnlinge nicht machen kann, daß er aus Sand keine Peitsche drehen wird. Prälat Wawrzyniak hatte vollständig recht, wenn er vor Gericht aussagte, daß Herr Szaslik nicht fähig ist, eine solch große Bank, wie es die Beuthener sei, zu leiten, die Schuld daran trägt aber der Aufsichtsrat, daß er ihn nicht schon beseitigt und durch einen Menschen ersetzt ließ, welcher solche Geschäfte übernehmen könnte. Herr Szaslik ist taub, hat keinen klaren Kopf, antwortet niemals darauf, wenn er um etwas gefragt wird, und ist dabei ein eigensinniger Mensch. Das ist kein Mann für einen Bankdirektor, welcher mit Millionen zu arbeiten hat.

Überhaupt kann man dem Vorstand den Rat erteilen, nicht eine solche Abneigung gegen die Feder zu haben, sondern die geschäftlichen Angelegenheiten schriftlich niederzulegen. Dies würde ihm in diesem Prozesse zum Nutzen gereicht haben, als gegen ihn Zeugen aussagten, die auf uns einen äußerst unsympathischen Eindruck machten.

Die Bank hat aus dem Prozesse Vorteil gezogen, denn sie hatte Gelegenheit, der Welt zu beweisen, daß sie auf sicheren und starken Füßen steht, daß der Aufsichtsrat gewissenhaft arbeitet, wie dies sogar unsere Gegner zugaben. Daher wird ihr das Volk um so größeres Vertrauen entgegenbringen, wodurch sie wachsen und sich noch besser entwickeln wird. Aus dem Prozesse wird der Aufsichtsrat für sich selbst Lehren ziehen, ebenso auch der Vorstand und diejenigen Mitglieder, welche Wechsel unterschriftlich vollzogen haben. Die Fehler, welche von allen unwissentlich begangen wurden, werden alle meiden. Wir haben die Sache gewonnen trotz der Verurteilung der Angeklagten, und die Freude unserer Feinde war eine vorzeitige. Bei uns Polen sind Krache nach Art der Leipziger und Bommern-Bank ausgeschlossen.

Aus Nr. 139 des Dziennik Berlinski (Berlin)

vom 20. Juni 1905:

Zu dem im Beuthener Bankprozeß gefällten Urteile bemerkt der Dziennik Berlinski:

Wir geben uns der Hoffnung hin, daß dieses Urteil das Vertrauen unseres Publikums zu unseren Genossenschaften nicht erschüttert hat, daß das Publikum wohl erkannt haben wird, daß sich sein Geld in richtigen Händen befindet, in den Händen von Leuten, welche des Vertrauens würdig sind.

Wir hoffen, daß das Publikum, welches durch diesen Prozeß die Verhältnisse unserer Genossenschaften eingehender kennen gelernt hat, seine Ersparnisse noch eifriger in die Kasse tragen wird, welcher von seiten der Behörde ein solcher Schutz zu teil wird.

Aus Nr. 71 des Katolik (Beuthen)

vom 20. Juni 1905:

Beuthen.

Der Direktor der Volksbank, Herr Szaslik, hat infolge der Aufregungen, welche durch die Untersuchung und den Prozeß der Genossenschaft hervor-

gerufen wurden, an seiner Gesundheit so schwer gelitten, daß der Arzt angeordnet hat, eine sofortige Kur anzutreten. Demzufolge legte er sein Amt als Mitglied des Vorstandes der Genossenschaft nieder. Wir wünschen dem Herrn Szaslik, welcher sich um das Wohl der Genossenschaft sehr verdient gemacht hat, daß sich sein Gesundheitszustand bessere, und wir hegen die Hoffnung, daß in Zukunft seine Tätigkeit und Erfahrung, wenn auch nicht im Vorstande, für die Bank, in welcher er 10 Jahre lang mit einer solchen Aufopferung tätig war, gesichert bleibt.

Aus Nr. 72 des Katolik (Beuthen D.-S.)

vom 22. Juni 1905:

Bilanz

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1904.

Activa.

Kassenbestand	5 395	29
Grundstücke	1 133 753	56
Hypotheken	42 228	78
Wechsel	3 720	—
Schuldner	117 831	71
Lombard. Hypotheken	22 500	—
Mobilien	903	58
Administration der Grundstücke	70 650	59
	1 396 983	51

Passiva.

Reservefonds	4 662	07
Spezialreserve	28 662	72
Geschäftsanteile	22 494	60
Pensionsfonds	2 376	62
Kautionen	900	—
Garantiefonds	13 110	11
Spareinlagen	556 934	50
Gläubiger	748 955	38
Dividende	190	—
Reingewinn	18 737	51
	1 396 983	51

Vom Jahre 1903 auf 1904 traten über Mitglieder 78
Im Jahre 1904 sind hinzugegetreten 28

Zusammen... 106

Im Jahre 1904 sind ausgeschieden 2

Auf das Jahr 1905 treten über 104

Aus dem Jahre 1903 waren Mitglieder 78 mit
Geschäftsanteilen..... 286 à M. 50=14 300

Im Jahre 1904 wurden ge-
zeichnet..... 72 à M. 50= 3 600

358 à M. 50=17 900

Es gehen ab Geschäftsanteile. 2 à M. 50= 100

Es gehen auf das Jahr 1905
über 356 à M. 50=17 800

Auf das Jahr 1905 gehen über 104 Mitglieder mit
356 Anteile..... à M. 50=M. 17 800

und der Haftsumme..... à M. 200=M. 71 200

Beuthen D.-S., den 19. Juni 1905.

**Spółka
parcelacyjna.**

**Parzellierungs-
genossenschaft.**

e. G. m. b. H.

L. Palacz. St. Janowski. A. Sphyra.

Aus Nr. 25 der Praca (Beuthen D.-S.)
vom 20. März 1905:

Bericht

über die Tätigkeit des „Verbandes
gegenseitiger Hilfe für den Monat Mai 1903.

Rechtshilfe wurde erteilt und folgende Zahl von
Angelegenheiten erledigt:

Im Bureau zu Beuthen.....	532
" " " Zabrze.....	204
" " " Gleiwitz.....	39
" " " Rattowitz.....	183
" " " Rybnik.....	85

Zusammen... 1043

Aus der Begräbniskasse wurde an freiwilligen
Beihilfen in 13 Fällen 480 M. ausgezahlt.

Der Vorstand

des Verbandes gegenseitiger Hilfe
für christliche Arbeiter Oberschlesiens
in Beuthen.
J. B.: Krolif.

Aus Nr. 135 des Głos Śląski (Gleiwitz)
vom 15. Juni 1905:

Aus Gleiwitz wird uns geschrieben: Wo sich
einige Polen versammeln, um gemeinschaftlich zu
plaudern, und wo irgend ein Verein eine Versammlung
oder ein Vergnügen veranstaltet, dorthin eilen auch
gleich hastig Sicherheitswächter, um über die Sicherheit
der Polen zu wachen. Angesichts dessen kann man sich
also nicht wundern, daß die Polen sich nicht vermin-
dern, wie es sich die Hafatisten wünschen würden, son-
dern sie verbreiten sich immermehr, und dies ist ein
Verdienst der preussischen Regierung, welche so um
uns besorgt ist. Mögen also die Hafatisten der Regie-
rung erklären, — denn die Regierung ist nur bereit,
auf die Hafatisten zu hören — daß es am besten
wäre, die Polen sich selbst zu überlassen, und sich um
diese überhaupt nicht soviel zu kümmern, denn sie ver-
dienen es nicht; denn wenn die Polen infolge dieser
Fürsorge noch mehr emporkommen werden, dann
werden sie es in der Tat fertig bekommen, das „arme
Deutschtum“ zu unterdrücken, doch nicht genug damit,
daß die Regierung und die Polizei so sehr auf die
Sicherheit der Polen bedacht sind, so beginnen jetzt
schon die preussischen Staatsanwälte — auch die Tasche
der Polen zu bewachen, denn der Bank in Beuthen
wurde ein Prozeß wegen irgend welcher Veruntreuungen
anhängig gemacht. Dem Staatsanwalt schien es, daß
dort nicht alles so war, wie es sich gehörte, und daß
dort angeblich irgend welche „verdächtige“ Dinge
geschähen. Hierauf machte den Staatsanwalt Herr
Hering aufmerksam. Darauf lobte der Staatsanwalt
Herrn Hering sehr, daß er als Beamter seine Pflicht
getan habe, und daß ihm hierfür der Dank gebühre.
Es wurde gesagt, diese Sachen müssen aufgeklärt
werden, denn wir können dies nicht zulassen, daß
unsere Preußen „polnischer Zunge“ ihre schwer ver-
dienten Groschen durch irgend eine polnische Bank
verlieren sollen.

Man sah nun in die Sache hinein und —
o Schrecken — der Staatsanwalt fand sogar ein halbes
Schock verschiedener Dinge, welche sozusagen nicht vor-
kommen durften und seiner Meinung nach strafwürdig
waren. Es wurde also dem Leiter der Bank der
Prozeß gemacht, und die Anklage war schrecklich, denn
man arbeitete zehn Monate lang an derselben. Die
Deutschen freuten sich schon von Anfang an auf
diesen „Riesenprozeß“, welcher wiederum der ganzen

Welt „die polnische Wirtschaft“ im grellen Lichte
zeigen sollte. Und was hat sich hier im Laufe des
Prozesses gezeigt? Meine Herren! — sagte der vor-
zügliche Verteidiger Gordon, das Herz im Leibe freut
sich, wenn man sieht, wie uneigennützig und gewissenhaft
diese Leute gearbeitet haben und vor allen Dingen
daran dachten, daß es öffentliches Geld ist, welches
einst wieder zurückgegeben werden muß. Wofür wollt
Ihr sie denn bestrafen? Sprecht sie frei, sie verdienen
es vollständig, denn sie haben nichts strafwürdiges
begangen. Indes ist den Deutschen, welche sich dazu
anschickten, lange Artikel über die „polnische Wirtschaft“
zu schmieren, das Geschäft verdorben worden, und die
in Staunen versetzte Welt erfuhr etwas ganz anderes.
Von den Deutschen liest man sehr oft, daß in dieser
oder jener Bank große Veruntreuungen entdeckt wurden,
daß die Leiter derselben große Summen veruntreuten
und entweder flüchteten oder sich eine Kugel durch den
Kopf schossen. Viele Leute, welche ihnen große
Summen anvertrauten, und manchmal auch ihr ganzes
Vermögen, verfielen in große Not.

(Einen Teil mußten wir streichen, da wir einen
Prozeß haben konnten. Redaktion.)

Aus Nr. 138 des Gornoslazak (Rattowitz)
vom 18. Juni 1905:

Rattowitz.

Betreffs Eintragung der Vornamen von Kindern
in die Geburtsurkunden des Standesamts erinnern
wir daran, daß man folgende Vorschriften beachten soll:

1. Wenn sich die Vornamen nicht ins deutsche
übersetzen lassen (z. B. Wojciech in Adalbert), ist der
Standesbeamte verpflichtet, auf Wunsch den polnischen
Vornamen einzutragen, wenn der Name nicht gegen
die gute Sitte verstößt. —

2. Wenn polnische Vornamen eine deutsche Be-
zeichnung haben, so trägt der Standesbeamte den
deutschen Vornamen und in Klammern den polnischen ein.

3. und 4. Wenn ein Vorname bereits unrichtig
eingetragen ist, kann man eine Berichtigung verlangen.
Der Antrag ist an den Landrat, in einer Großstadt
an den Regierungspräsidenten zu richten, der die An-
gelegenheit, nachdem er sie aufgeklärt und Beweise
gesammelt, dem Gerichte zur Entscheidung übergibt.

5. Die Gerichte haben auf Freispruch erkannt,
wenn die Angeklagten das Protokoll deshalb nicht
unterscrieben, weil es mit der Erklärung des Meldenden
nicht übereinstimmte, da die Meldung tatsächlich erfolgt
war, wenn auch keine Unterschrift geleistet wurde.

Aus Nr. 137 des Gornoslazak (Rattowitz)
vom 17. Juni 1905:

Boguszyk.

Der hiesige neu gegründete Hausbesitzerverein wird
sich in diesen Tagen vor dem Rattowitzer Schöffengericht
zu verantworten haben. Die Angeklagten werden be-
schuldigt, die Sitzungen und das Mitgliederverzeichnis
nicht innerhalb drei Tagen dem Amtsvorsteher ein-
gereicht zu haben. Im ganzen Dorfe herrscht deswegen
Unzufriedenheit. Wenn die Hausbesitzer verurteilt
werden, dann wird dem „deutschen Michel“ keine Gefahr
drohen.

Aus Nr. 137 des Gornoslazak (Kattowitz)
vom 17. Juni 1905:

R o z d z i n.

In diesen Tagen erschien bei dem Agenten des Gornoslazak Herrn Franz Richter, der früher eine Buchhandlung inne hatte, der Polizeikommissar Müller und zwei Polizeiwachtmeister zwecks Abhaltung einer Haussuchung. Nach vorschriftsmäßiger Legitimierung, daß er im Auftrage der Staatsanwaltschaft komme, fragte der Kommissar Herrn Richter, ob er in seiner Wohnung den „Spiewniczek narodowy“ (nationales Liederbuch) habe; Herr Richter erklärte, daß er allerdings ein solches Liederbuch besitze, aber nur ein Exemplar zum eigenen Gebrauch, und legte dieses dem Kommissar auch vor. Der Kommissar schenkte jedoch offenbar Herrn Richter keinen Glauben und begann, reiche Beute erhoffend, die Durchsuchung. Alle Winkel wurden durchstöbert, alle Schränke und Schubladen untersucht, sogar Betten und Ofen revidiert, allein umsonst, denn es wurde nichts gefunden. Nach diesen vergeblichen Bemühungen verließen die Vertreter der Polizei die Wohnung des Herrn Richter.

Bei dieser Gelegenheit erinnern wir noch einmal daran, daß man in seiner Privatwohnung alle möglichen verbotenen Bücher haben kann, jedoch immer nur ein Exemplar zum eigenen Gebrauche, und diese Exemplare kann man der Polizei in aller Ruhe zeigen, wie dies Herr Richter getan hat. Einer Strafe unterliegt man nur wegen Verbreitung von verbotenen Büchern.

Aus Nr. 137 des Gornoslazak (Kattowitz)
vom 17. Juni 1905:

Vom Komitee der Volksversammlung in Dombrowa geht uns folgender „Aufruf“ zu:

Am 18. Juni d. Js. wird eine christliche Volksversammlung in Dombrowa bei Zaworzno stattfinden. Die geehrten Landsleute aus Oberschlesien werden hiermit ersucht, an der erwähnten Versammlung möglichst zahlreich teilzunehmen.

Mit Achtung
Das Komitee.

Aus Nr. 137 des Gornoslazak (Kattowitz)
vom 17. Juni 1905:

Kattowitz.

Ausflug nach Senzor.

Unsere geehrten Leser aus Kattowitz und Umgegend erinnern wir daran, daß Sonntag, den 18. d. Mts., nach Senzor bei Myslowitz in Galizien ein Maiausflug des Kattowitzer Frauenlesevereins stattfindet. Es ist Pflicht, an dem Ausflug möglichst zahlreich teilzunehmen, um dadurch seiner Sympathie und Anerkennung für die Tätigkeit unseres Lesevereins Ausdruck zu verleihen.

Wir müssen dessen eingedenk sein, welche große Rolle unseren polnischen Müttern in Oberschlesien zufällt; in erster Linie ist es ihre Aufgabe, die Jugend vor der Entnationalisierung zu schützen, die ihr in unseren traurigen Verhältnissen auf Schritt und Tritt droht. Angesichts des bei uns herrschenden antipolnischen Systems kann die preußische Schule den polnischen Kindern nicht das geben, was ihnen zur polnischen Erziehung unumgänglich notwendig ist, es ist also Pflicht der polnischen Mütter, diese Mängel zu ergänzen, indem sie ihre Kinder polnisch lesen und schreiben lehren, indem sie sie lieben lernen, was

polnisch, was heimatlich und familiär ist. Hierzu ist aber erforderlich, daß auch die Mütter starkes Nationalgefühl und nationale Bildung besitzen; dieses Nationalgefühl aber und diese Bildung unserer polnischen Mütter fördern gerade unsere „Frauenlesevereine“ (czytelnia dla kobiet).

Aus diesen Gründen sollten die Frauenlesevereine von unserer Volksgesamtheit auf Schritt und Tritt Hilfe und Unterstützung erfahren, damit sie sich zum Nutzen der polnischen Mütter und des heranwachsenden jungen Geschlechts günstig entwickeln könnten. Daher wäre es auch unsere Pflicht, an dem Sonntagsausflug des Kattowitzer Frauenlesevereins tätigen Anteil zu nehmen; sicherlich werden aber auch die Damen des Vereinsvorstandes keine Mühe scheuen, um ihren Gästen das Vergnügen möglichst angenehm und abwechslungsreich zu gestalten.

Aus Nr. 141 des Gornoslazak (Kattowitz)
vom 22. Juni 1905:

Ausflug nach Senzor.

Am Sonntag Nachmittag fand nach Senzor der vorher angesagte Maiausflug des hiesigen Frauenlesevereins (czytelnia dla kobiet) statt. Dieses Vergnügen ist wider Erwarten ausgezeichnet gelungen; gleich Nachmittag war zwar das Wetter nicht hold, später aber wurde es beständig, die Zahl der Teilnehmer vermehrte sich immer mehr und alle waren vergnügt und befriedigt.

Das Programm des Vergnügens war auch sehr reichhaltig; es waren Gefänge, Deklamationen, verschiedene Spiele und Unterhaltungen, Wettläufe für Kinder, an die als Prämien polnische Bücher verteilt wurden, es gab auch den Umständen angepaßte Ansprachen, und die Musikkapelle aus Senzor begleitete munter unsere schönen polnischen Weisen. Mit einem Worte, der Vorstand des Lesevereins hat alles getan, um seinen Gästen das Vergnügen möglichst angenehm und abwechslungsreich zu gestalten; die Teilnehmer sparten auch nicht mit anerkennenden Worten für den Vorstand des Lesevereins, insbesondere aber für die Vorsitzende Frau Szyperska, die so eifrig an der Entwicklung des Lesevereins arbeitet.

Die zahlreichen Scharen der Teilnehmer, die allen Schichten und Ständen unserer Volksgesamtheit in Oberschlesien angehörten, sowie die in großer Zahl erschienenen Gäste aus Galizien und aus dem Königreich — sind ein beredter Beweis dafür, welche Sympathien sich unsere Frauenlesevereine erworben haben, die Sonntagsfeier in Senzor aber hat diese Sympathien unter unserem Volke gewiß noch bedeutend vermehrt, und wir geben uns der Hoffnung hin, daß sie auch die Zahl eifriger Mitglieder dieser für unsere polnische Sache so wichtigen Vereine vermehren wird. Das wird auch der angemessenste und gewiß angenehmste Dank für diejenigen unserer Frauen sein, die sich der Aufgabe, unsere polnischen Mütter in nationaler Beziehung aufzuklären, so eifrig unterziehen.

Aus Nr. 141 des Gornoslazak (Kattowitz)
vom 22. Juni 1905:

Lublin.

Aus Czestochau wird uns geschrieben, daß der dortige Gesangsverein Lutnia am Sonntag, den 25. d. Mts. einen Maiausflug nach Polnisch-Herby an der Grenze Oberschlesiens und des Königreichs veranstaltet.

Der Maiausflug wird von Orchestermusik, Gesangsvorträgen, Deklamationen usw. durchflochten sein.

Um 5 Uhr Nachmittags wird eine Liebhabervorstellung sehr belehrender Bühnenstücke stattfinden.

Der Verein Lutnia ladet hiermit freundlichst die Brüder aus Oberschlesien ein und bittet sie angelegentlichst, an dem Maiausflug nicht nur aus näher gelegenen, sondern auch entfernteren Gegenden möglichst zahlreich teilzunehmen.

Der Verein hat den Ort des Maiausflugs an der Grenze gewählt, damit wir uns bei dieser Gelegenheit kennen lernen könnten.

Vorwärts also Landsleute aus dem Lande Piast's. Wir erwarten Eure Scharen am Bahnhof in Preußisch-Herby um 12 und 3 Uhr Nachmittags zur Ankunftszeit der Züge.

Vom Bahnhof Preußisch-Herby bis zu dem Orte des Maiausflugs ist es nur 10 Minuten. Ein Halbpaf ist für jeden Ausflügler unbedingt erforderlich.

Nähere Auskunft in Sachen des Maiausflugs erteilt direkt der Verein Lutnia in Czenstochau sowie Herr M. Rzeznicek in Lubliniz.

Aus Nr. 70 des Katolik (Beuthen D.-S.)

vom 17. Juni 1905:

Rattowitz.

Die katatistische Rattowitzer Zeitung schreibt, daß während der Pfingstfeiertage in Saybusch an dem Goutage der Sokols 25 obereschlesische Sokols teilnahmen. In Saybusch begrüßte die Sokols im Namen der Stadt Kamerad Michael Kornecki mit den Worten: Unsere Kameradschaft kennt keine Grenzpfähle, keine Grenzen, sie ist ein Faktor zur Wiedergeburt des Vaterlandes. Ihr seid nicht hierher gekommen, um gelobt und ausgezeichnet zu werden, sondern um zu zeigen, daß unsere Kräfte wachsen, daß wir wachsen. Hierauf antwortete Herr Seyda aus Rattowitz, daß die Goutage der galizischen Sokols zugleich Nationalfeste für die obereschlesischen Brüder sind.

Die Rattowitzer Zeitung konnte sich also überzeugen, wenn sie die Sokols spioniert hat, daß dort nichts so geheimes, auch nichts gefährliches für den preußischen Staat geschehen ist. Vielleicht hat sich nun die Rattowitzer Zeitung in ihrer katatistischen Seele schon etwas beruhigt, wenn sie sieht, daß der preußische Staat weiter besteht.

Über den Ausflug nach Krakau schreibt weiter die Rattowitzer Zeitung, daß sich an ihm Polen aus Beuthen, Gleiwitz, Zabrze, Rattowitz und anderen Orten beteiligt, und daß sie dort das in Preußen verbotene Lied „Gott der du Polen“ gesungen hätten. Der Rattowitzer Zeitung können wir sagen, daß, wenn es in Preußen erlaubt wäre das Lied „Gott der du Polen“ zu singen, es auch bei uns würde gesungen werden, und es würden viele nicht nach Krakau reisen, um es dort zu singen. Aber in Preußen haben die Polen es nicht so gut, sie erfreuen sich nicht einer solchen wahren bürgerlichen Freiheit, so daß jeder Pole aus tiefstem Herzen danach Verlangen trägt, ein oder zweimal im Jahre ins Ausland zu reisen, um andere Luft zu atmen.

Schließlich ist das Lied „Gott der du Polen“ sehr ernst, und es wird sogar in der Kirche gesungen. Die Rattowitzer Zeitung kann doch wohl nicht wissen, welches Lied dem lieben Gott angenehmer ist, ob das Lied „Gott der du Polen“ in welchem Gott demütig angefleht wird, oder vielleicht „Deutschland über alles“, welches Lied voller Hochmut ist, und Gott nicht einmal erwähnt. Das möge sich die Rattowitzer Zeitung

merken und Denunziationen nicht schreiben, denn man kann annehmen, daß die besorgte preußische Polizei eine Denunziation seitens der Rattowitzer Zeitung nicht gebraucht.

Aus Nr. 71 des Katolik (Beuthen D.-S.)

vom 20. Juni 1905:

Szczygłowice (?) im Kreise Rybnik.

Die Gemeindevertreter, lauter Polen, beschlossen, das Dorf Szczygłowice auf deutsch in „Cecilienthal“ umzuwandern. Es ist nicht bekannt, wer sie hierzu überredet hat. Aber hieraus ist zu ersehen, wie sehr noch die Aufklärung in manchen dunklen Winkeln Oberschlesiens fehlt. Es ist dies sehr traurig und schmerzlich, wenn die Gemeindevertreter selbst, welche ja die aufgeklärtesten Leute in der Gemeinde sein sollen, ihre nationale Sache noch nicht so weit kennen, daß sie selbst die Germanisierung unterstützen. Vielleicht wollen sie sich bei den Deutschen beliebt machen, aber sie mögen versichert sein, daß die Deutschen vernünftiger sind als sie, und gewiß mit den Köpfen schütteln werden. Tatsächlich hat noch niemand in dieser Welt gesehen, daß ein Franzose, Türke oder Chinese seinen Vaternamen in einen fremden geändert hätte, aber solche Dinge, die wir beim Namen nicht nennen können, weil wir es mit dem Staatsanwalt zu tun bekommen würden, passieren in Oberschlesien. Die Bürger aus Szczygłowice mögen sich es merken, daß bei den künftigen Gemeindevertreterwahlen in Szczygłowice kein einziger derjenigen Vertreter wiedergewählt werden dürfte, welche sich gegen das Umtauschen des schönen polnischen Namens nicht gestraußt hatten. Man muß beizeiten gegen die gegenwärtigen Vertreter agitieren.

Aus dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 137 des Dziennik Berliński (Berlin)

vom 17. Juni 1905:

Am 16. d. Mts. wurde der verantwortliche Redakteur des Dziennik Berliński vom Schöffengericht in Moabit wegen Beleidigung des Ostmarkenvereins zu 150 Mark Geldstrafe verurteilt. Das Blatt bemerkt zu dem Urteil folgendes:

Wir gestehen, daß wir dieses Urteil nicht verstehen, denn nach demselben wäre es niemandem gestattet, eine Lüge Lüge, ein Pharisäertum Pharisäertum zu nennen.

Wir verstehen auch nicht, weshalb uns die Erbringung des Wahrheitsbeweises durch die Ablehnung unserer Zeugen unmöglich gemacht worden ist. Die Erklärung, daß es sich hier nicht darum handle, ob der Aufruf die Wahrheit enthalte, sondern lediglich darum, ob jene Worte beleidigend seien, erachten wir als inkompetent, denn wenn uns das Gericht gestattet hätte, mit Hilfe von Zeugen und Sachverständigen zu beweisen, daß der Aufruf lügenhafte Behauptungen enthalte, dann hätten diese Worte aufgehört, beleidigend zu sein — und unsere Verurteilung hätte nicht erfolgen können.

Aus Nr. 133 des Dziennik Polski (Dortmund)

vom 11. Juni 1905:

Zum Pfingstfeste!

Die katholische Kirche und mit ihr die gesamte Christenheit feiert heute den Gedentag der Ausgießung

des heiligen Geistes über die Apostel, welche 10 Tage nach der Himmelfahrt im Gebete vereint waren.

An diesem Tage wurden die Apostel befähigt, in allen Sprachen zu reden, damit die Worte des Erlösers erfüllt werden: „Gehet hin in alle Welt und lehret alle Völker.“

Für uns bedrückte und verfolgte Polen hat dieses Fest eine mannigfache Bedeutung.

Zunächst erinnert es uns daran, daß unser Erlöser, der es wollte, daß seine Lehren reiche Früchte trügen, seine Schüler mit der Fähigkeit ausstattete, in verschiedenen Sprachen zu reden und daß er den heiligen Aposteln die Pflicht auferlegte, die heiligen Glaubenswahrheiten in der Sprache zu lehren, welche einem Volke gegeben und verständlich ist.

Der liebe Gott hat somit jedem Volke seine Sprache bewahrt, seine Sitten gefestigt; er verlangte nicht, daß der bekehrte Heide vor dem Empfange der heiligen Taufe seine Muttersprache verwürfe, um sich eine fremde Sprache anzueignen.

Der Schöpfer hat somit bei keinem Volke, bei keiner Sprache einen Unterschied gemacht, er hat alle mit gleichem Maße gemessen; er gebot, mit Hilfe aller Sprachen ein göttliches Reich auf Erden zu gründen.

Von den Aposteln ging die Pflicht der Verkündigung des Wortes Gottes in der Muttersprache eines jeden Volkes auf die heilige katholische Kirche über. Wie jedem Volke, so steht auch uns Polen das Recht zu, von der heiligen Kirche, deren gläubige Söhne wir sind, zu verlangen, daß sie uns nach Möglichkeit das Wort Gottes in der Muttersprache, in der polnischen Sprache verkündigte, denn das ist unser angeborenes Recht, welches, wie anderen Völkern, auch uns verliehen ist.

Es ist daher leicht zu begreifen, weshalb die ganze christliche Welt das heutige Fest so freudig und feierlich begeht. Denn alle zivilisierten und christlichen Völker ziehen aus diesen Gnaden des heiligen Geistes Nutzen: die Gläubigen senden aus ungeheuchelter Dankbarkeit inbrünstige Gebete zum Throne des Höchsten und freuen sich, daß ihre Sprache nicht Verfolgungen ausgesetzt ist, daß ihnen niemand Hindernisse in der Sprache in den Weg legt, die sie aus der Mutterbrust gesogen haben, um Gott und seine Allmacht in ihr zu preisen, da sie in den Gotteshäusern aus voller Brust zur Ehre Gottes in ihr singen können. Die gläubigen Christen freuen sich, daß dank der Gnade des heiligen Geistes, mit der die Apostel bedacht wurden, von der Kanzel herab die ihnen verständliche Sprache ertönt, daß sie in derselben Sprache die religiösen Freuden empfangen und daß sie sich im heiligen Glauben festigen.

Wir hier in der Fremde dagegen empfinden leider nicht in gleichem Maße mit anderen die weitgehende Bedeutung des Pfingstfestes. Von unserer Heimat nach den uns fremden und nicht wohlgesinnten Gegenden verschlagen, rufen und klopfen wir in manchen Orten umsonst, vergeblich bemühen wir uns um Berücksichtigung unserer Rechte hinsichtlich der Seelsorge, und Tausende von Gläubigen des polnischen Volkes bekommen heute in ihrer Parochie das Wort Gottes in der polnischen Sprache nicht zu hören. Aus diesem Grunde hat das Pfingstfest bei uns auch nicht diesen Zauber, und es erfüllt unsere Herzen auch nicht mit der Freude, wie es bei den Glücklicheren der Fall ist. Es ist rings um uns traurig, in keinem Falle aber herrscht Heiterkeit.

Aber hoch die Herzen. Versallen wir nur nicht im Geiste, lassen wir in der Arbeit nicht nach. Nehmen wir uns ein Beispiel an den heiligen Aposteln, die da 10 Tage hindurch im Gebete anhielten und Gott um

Gnade baten, die nicht aufhörten zu beten, wenn Gott am zweiten oder dritten Tage ihre Gebete noch nicht erhört hatte, die, eingedenk der Worte des Erlösers: „Suchet, so werdet ihr finden, klopfet an, so wird euch aufgetan“ — auf Gott vertrauten.

So sollten auch wir die Hände nicht in den Schoß legen, wenn, nachdem wir das eine und das andere Mal angeklopft, unsere Bitte kein Gehör findet, sondern mit Ausdauer und geduldig von neuem anklopfen und so lange pochen, bis uns schließlich doch geöffnet wird.

Hoffen wir, daß auch wir aus den uns zustehenden Rechten werden im vollen Umfange Nutzen ziehen können, daß unsere Bemühungen um polnische Geistliche, um polnische Gottesdienste und Predigten von Erfolg gekrönt sein werden.

Bitten wir Gott, daß der heilige Geist unsere Gegner erleuchtet, damit sie verstünden, daß auch uns als treuen Söhnen der heiligen katholischen Kirche dasselbe Recht zusteht, wie anderen, daß auch wir ein Recht darauf haben, Gott in der Muttersprache, in der Sprache zu loben, welche dem Schöpfer und uns lieb und wert ist; mögen sie schließlich verstehen lernen, daß es unsere heilige Pflicht sei, unsere Sprache zu lieben und zu achten. Mögen sie schließlich erkennen, daß es den Gesetzen Gottes und der Menschen zuwider ist, die Sprache eines lebenden, eines Kulturvolkes zu verwerfen, daß jeder Gott lästert, der uns mit Gewalt die Muttersprache nehmen und die Sprache seines Volkes aufdrängen will.

In diesem Sinne und in dieser Zuversicht wünschen wir allen Landsleuten in der Fremde und in der Heimat und vor allem den geehrten Lesern und Leserinnen, den Freunden und Anhängern unseres Blattes ein fröhliches Pfingstfest!

Aus Nr. 134 des Wiarus Polski (Wochum)

vom 14. Juni 1905:

Betreffs des Adreßbuches

polnischer Vereine im Emigrantentum wird uns geschrieben:

Aus der Umgegend von Herne.

In Sachen betreffend die Information über die Vereine erhielten wir ein mit der Schreibmaschine gefertigtes Schreiben. Unsere Vereine kennen sich auch ohne ein solches Buch gut. Wenn man schreibt, „wir laden auch diejenigen Vereine ein, welche wegen Unkenntnis ihrer Adresse eine briefliche Einladung nicht erhalten haben“, so geschieht dies mehr aus Gewohnheit, als aus Bedürfnis. Ferner geschieht dies deshalb, damit ein Verein, welcher zufällig übergangen worden ist, sich nicht beleidigt fühlt. Da ich die Verhältnisse genau kenne, so kann ich sagen, daß ein solches Buch für die Vereine als solche vollständig überflüssig ist. Es ist auch unwahr, daß ein Pole, welcher in die hiesige Gegend kommt, nur durch Zufall von dem Bestehen eines Vereins Kenntnis erhält, denn die Vereine machen ihre Versammlungen bekannt, sie empfangen gemeinschaftlich das heilige Abendmahl usw., daher kann nur derjenige von dem Bestehen eines Vereins nichts erfahren, welcher nichts erfahren will. Es wird wohl ein jeder zugeben müssen, daß, wenn jemand von dem Bestehen eines polnischen Blattes im Emigrantentum nichts weiß und sich von diesem fern hält, auch das Adreßbuch nicht in die Hand bekommt, aus welchem er sich von dem Bestehen eines Vereins Kenntnis verschaffen könnte. Wer nicht

auf den Kopf gefallen ist, dem ist es bekannt, daß in jeder Parochie, ja in jeder Gemeinde wo Polen wohnen, sich ein Verein befindet, auf jedem Schritt kann er auf der Straße einen Polen treffen, welcher ihm gerne sagt, wann und wo ein Verein seine Sitzungen abhält. Wir haben hier zahlreiche polnisch-katholische Vereine, wir haben „Sokolvereine“, „Gesangsvereine“, „polnische Berufsvereinigungen“ usw. und jedermann weiß von ihrem Bestehen, auch ohne ein Adreßbuch. Daß solch ein Buch keinen großen Zweck hat, dafür ist das ein Beweis, daß auch ohne ein solches Vereine bestehen und sich entwickeln.

Ein Pole aus der Umgegend von Herne.

Aus Nr. 136 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 16. Juni 1905:

Die Angelegenheit des St. Josophat

beunruhigt seit langem die Gemüter boshafter und solcher Leute, welche einen Grund suchen, um rechtsschaffene Leute anzuschwärzen und zu schmähen. Als der Gründer des St. Josophat, der ehrwürdige Pfarrer Dr. Liß, an der Spitze dieser Institution stand, schrieben Posener Blätter, der tatsächlichen Wahrheit entgegen, daß Dr. Liß die Fonds des St. Josophat zur Unterhaltung des Wiarus Polski, dessen Eigentümer er damals gewesen, benutze.

Nach dem Fortgange des Pfarrers Dr. Liß aus Westfalen sollte die Leitung der Kasse des St. Josophat Herr Johann Brejski übernehmen; derselbe lehnte dies jedoch ab, er wollte den Vorwürfen aus dem Wege gehen, welche in Posener Blättern und in Klatschversammlungen dem Pfarrer Dr. Liß gemacht wurden. Schließlich endigte die Sache damit, daß der Leiter der Druckerei des Wiarus Polski, Herr Johann Bielinski, Kassierer des St. Josophat wurde. Herr Johann Brejski aber bemühte sich gleichzeitig um die Gründung eines Vereins, welcher die Rechnungen des St. Josophat revidieren und von den Beiträgen seiner Mitglieder die Fehlbeträge decken sollte. Leider tat der Verein weder das eine noch das andere, er vegetierte eine Zeit lang untätig, bis er sich schließlich auflöste. Tätig waren dagegen die böswilligen und neidischen Leute, welche es nicht sehen konnten, daß die Söhne polnischer Arbeiter zu Pfarrern herangebildet werden sollten. Einerseits suchte der bekannte Pater Andreas die Leute von der Beitragszahlung für St. Josophat zurückzuhalten, andererseits verbreiteten Korrespondenten gewisser Posener Blätter unbegründete Verdächtigungen gegen den Kassierer des St. Josophat und gegen den Wiarus Polski.

Vor zwei Jahren verließ auch Herr Bielinski Westfalen und die Kassengeschäfte übernahm nun in Vertretung für Dr. Liß, wenn auch sehr ungern, Herr Anton Brejski. Und was hat er für seine mühevollen und uneigennütigen Arbeit erlebt? Gewisse polnische Zeitungen in Dortmund und Posen rüttelten an seiner Ehre, sie verbreiteten gegen ihn durch nichts gerechtfertigte Verdächtigungen, sie machen ihm fortwährend grundlose und beleidigende Vorwürfe. Wie über Herrn Anton Brejski, so fiel man auch über den Wiarus Polski her und schädigte ihn auf diese Weise sehr empfindlich. Davon, daß sich jemand des Wiarus und des Herrn Brejski angenommen hätte, haben wir nichts gehört. Im Gegenteil, selbst die Väter mancher Stipendiaten des „St. Josophat“ entblödeten sich nicht, gegen Herrn Anton B. deswegen Verdächtigungen zu schleudern, weil er ihnen nicht schnell genug Geld sandte.

Das können wir nicht länger vertragen. Das gestattet unsere Pflicht, über das Ansehen und die

Ehre des W. P., der ein nationales und aufrichtiges Arbeiterblatt ist, zu wachen, nicht. Wir haben daher beschlossen, zwischen dem St. Josophat und dem Wiarus Polski eine so große Kluft zu schaffen, daß auch der Blinde sehen muß, daß der Wiarus Polski mit dem St. Josophat nichts mehr gemein hat. Wir erlauben es von jetzt ab nicht mehr, daß irgend eine in der Redaktion, Druckerei oder Buchhandlung des Wiarus Polski beschäftigte Person bei der Annahme von Beiträgen für den St. Josophat oder bei der Auszahlung von Unterstützungen an Studenten mitwirke. Aus diesem Grunde hat Herr Johann Brejski das Amt des Kassierers des St. Josophat niedergelegt und das Geld und die Bücher an den Pfarrer Dr. Liß abgesandt mit der Bitte, diese Kasse selbst zu führen oder sie einer anderen Person zu übertragen. Von jetzt ab sind jegliche Beiträge und Unterstützungsanträge direkt an den Propst Dr. Liß in Rumian, Westpreußen, zu senden. Der Wiarus Polski wird von heute ab sehr gerne über die Beiträge für St. Josophat quittieren, wenn Pfarrer Liß das verlangen sollte; mit Angelegenheiten des St. Josophat wird sich aber von den beim Wiarus beschäftigten Leuten unmittelbar niemand beschäftigen.

Wir hoffen, daß jetzt alle grundlosen Verdächtigungen, Vorwürfe und Klagen, welche die Opferwilligkeit unter den Landsleuten vermindern, aufhören werden. Wir sind dessen gewiß, daß die Beiträge an Pfarrer Dr. Liß so reichlich fließen werden, daß in der Kasse des St. Josophat niemals ein Fehlbetrag wird zu verzeichnen sein.

Die Redaktion des Wiarus Polski.

Aus Nr. 136 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 16. Juni 1905:

In Sachen der Wahlorganisation.

Die Redaktion des Wiarus Polski hat an das Hauptwahlkomitee für Westfalen usw. nachstehenden Brief gerichtet:

Bochum, den 14. April 1905.

Geehrter Herr Thomas Kubiak in Styrum, Vorsitzender des polnischen Hauptwahlkomitees für Westfalen, die Rheinprovinz und die benachbarten Provinzen! Wiederholt wurden Stimmen laut, welche ihre Unzufriedenheit darüber zu erkennen gaben, daß der Wiarus Polski auf Grund des Reglements in das Hauptkomitee zwei Mitglieder delegiere, von denen eins das Amt eines Schriftführers bekleiden soll. Im Namen der Redaktion des Wiarus Polski habe ich die Ehre, zu erklären, daß der Wiarus Polski auf dieses Recht verzichtet. Gleichzeitig scheiden die beiden Delegierten des Wiarus Polski, die Herren Michael Arwiatowski und Anton Brejski, aus dem Hauptkomitee aus.

Mit Achtung für die Redaktion des Wiarus Polski
Anton Brejski.

Aus Nr. 135 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 15. Juni 1905:

Unser Hauptwahlkomitee sollte in Sachen der Essen'schen Wahlen etwas von sich verlauten lassen!

Die Zeit der Wahlen im Essen'schen ist noch nicht bestimmt, aber alle Parteien haben ihre Kandidaten bereits normiert und beginnen ihre agitatorische Tätigkeit. Nur unser Hauptwahlkomitee allein hat bis jetzt zu unserer größten Verwunderung in dieser Angelegenheit noch keine Sitzung abgehalten. Wir meinen, es ist die höchste Zeit, daß unsere Wahlbehörde mit der Wahlarbeit so schnell wie möglich beginnen, die Meinungen

der Wähler hören und den Kandidaten aufstellen sollte. Im Essen'schen verlangen die Polen von unserem Hauptwahlkomitee, daß es so schnell wie möglich an die für uns so wichtige Arbeit, wie es die Wahl-agitation ist, gehe.

Aus Nr. 135 des Dziennik Polski (Dortmund)

vom 15. Juni 1905:

Die Wahlen in Essen.

In Sachen betreffend die Reichstagsergänzungswahlen im Wahlkreise Essen erhalten wir aus den Kreisen der beteiligten Wähler nachstehende Korrespondenz:

Essen, den 13. Juni 1905.

Früher, als wir es vermuteten, werden wir in geschlossenen Reihen an die Wahlurne treten. Ich nehme an, daß das Hauptwahlkomitee seinerseits nichts vernachlässigen wird, daß die Wahlen für uns recht vorteilhaft ausfallen.

Es wartet unser nunmehr eine nicht geringe Arbeit! Man muß nämlich in betracht ziehen, daß wir außer sehr tüchtigen Landsleuten, welche auf einen bloßen Ruf hin bereit sind, für das Wohl der polnischen Sache zu arbeiten, noch sehr viele Landsleute haben, die das Los unserer Volksgesamtheit gleichgiltig betrachten. Es sind dies größtenteils alle die Verblendeten, welche polnische Blätter nicht lesen und sich mit den deutschen Blättern zufrieden geben, trotzdem sich diese fast täglich über die Polen lustig machen und diese verhöhnen. Wenn wir uns jedoch, Hand in Hand gehend, an die Arbeit machen und mit Hilfe von Aufrufen und Wahlversammlungen lebhafte und energische Agitation entwickeln werden, so werden wir manche polnische Seele aus der Letargie erwecken, manches verirrte Schäflein an uns ziehen und ihm den richtigen und eines Polen würdigen Weg weisen. Über die zukünftigen Wahlen habe ich schon mit einigen hiesigen Landsleuten gesprochen, bisher aber noch keinen getroffen, der sich dem Standpunkte des Dziennik widersetzen würde, daß wir Polen hier im Emigrantentum und gegenwärtig Wähler im Wahlkreise Essen einem Polen die Stimme geben müssen. Wir brauchen nicht auf die Meinung der Zentrumsleute, noch darauf zu achten, daß wir sie durch die Aufstellung eines eigenen Kandidaten von uns abschrecken werden. Wir brauchen nicht auf ihre erbitterten oder zufriedenen Mienen zu schauen, solange auch sie auf uns keine Rücksicht nehmen. Sie fragen am allerwenigsten danach, ob uns nicht dieses oder jenes abschreckt, ob uns eine derartige Behandlung unser gemeinsame katholische Glaube vorschreibt. Der allgemein an den Vergleuten verübte Verrat steht uns noch frisch im Gedächtnis, als daß wir bezüglich dieser Angelegenheit ohne weiteres zur Tagesordnung übergehen könnten. Wenn sogar die Deutschen diesen Verrat nicht loben, im Gegenteil — scharf brandmarken, weshalb sollen wir da edelmütiger sein, zu unserem Schaden auf die uns zustehenden Rechte Verzicht leisten und für den Kandidaten einer Partei stimmen, welche uns mit der Regierung verfolgt und mit dieser Hand in Hand geht?

Einem Zentrumsmanne können wir also keinesfalls die Stimme geben, dies gestattet uns die nationale Ehre nicht. Der Hund nur leckt die Hand des Herrn, welcher ihn züchtigt. Mit den Sozialdemokraten, den Feinden unseres heiligen Glaubens und der katholischen Kirche, dürfen wir uns ebenfalls nicht vereinen, aus Gründen, die wohl einem jeden klar sind. Daß wir also unserem, einem nationalen Kandidaten die Stimmen zu geben verpflichtet sind, darüber dürfen zweierlei

Meinungen nicht bestehen. Jetzt fragt es sich aber, wen man als Kandidaten aufstellen soll? Diese Frage wird in den Wahlversammlungen und nach Anhörung des Volkes besprochen werden — das Komitee wird alsdann über die Kandidatur entscheiden. Zu einer solchen Wahlversammlung müßten wir aber schon von vornherein vorbereitet sein, einen fertigen Plan und die Namen der Kandidaten, um mich so auszudrücken, auf der Zunge haben. Von der Person des aufgestellten Kandidaten wird der Ausfall der Wahl abhängen. Je tüchtiger der Verteidiger unserer Rechte und nationalen Schätze sein wird, je populärer und verdienstvoller der aufgestellte Kandidat sein wird, desto einfacher wird die Agitation sein, und um so leichter werden wir die polnischen Wähler unter die nationale Standarte führen können. Indem ich in dieser Beziehung den Wahlversammlungen und unserer Wahlbehörde zuvorkommen will, habe ich drei Kandidaten im Sinne, gegen die wohl niemand wird auftreten können; diese sind:

1. Abgeordneter Albert Korzantny;
2. Abg. Rechtsanwalt Bernhard v. Chrzanowski;
3. Herr Johann Wilkowski aus Schönebeck.

Was die Kandidatur der ersten beiden anbelangt, — brauche ich wohl erst keine Worte zu verlieren, denn die Tätigkeit dieser beiden Kämpen und Streiter für die polnische Sache — ist allen bekannt. Auch ist Herr Johann Wilkowski, welcher sich seit undenklichen Jahren im Emigrantentum aufhält, wegen seiner unermüdlichen Tätigkeit auf dem nationalen Gebiete allen polnischen Auswanderern bekannt. Es gibt keine Organisation im Emigrantentum, zu deren Gründung er nicht beigetragen hätte, es gab keine Versammlung, in welcher Herr Wilkowski, besonders in den früheren Jahren, nicht gesprochen und zur Verteidigung unserer allerheiligsten Güter angefeuert hätte. Auch seine Kandidatur würde bei den gegenwärtigen Wahlen, wie ich annehme, geeignet und empfehlenswert sein.

Ich will und kann auch niemandem meinen Willen aufdrängen. In dieser Angelegenheit ergriff ich das Wort, um andere zu bewegen, ihre Meinung zu äußern. Eine solche Diskussion kann auf die Wahlhandlung nur günstig einwirken, sie wird überdies den politischen Verstand und das bürgerliche Selbstbewußtsein unter den Polen im Emigrantentum vertiefen, woran uns gegenwärtig nur möglich viel gelegen sein kann.

J. K.

Aus Nr. 136 des Wiarus Polski (Bochum)

vom 16. Juni 1905:

Der Sieg der Polen bei den Kirchenwahlen in Gerthe bei Bochum.

Aus Gerthe wird uns telephoniert:

Am vergangenen Dienstag und Mittwoch fanden hier die Wahlen für den Kirchenvorstand und die Kirchenrepräsentanten statt. In den Vorstand wurden 6 Polen und 2 Deutsche gewählt, in die Repräsentation 13 Polen und 11 Deutsche. Bei den Gemeindevertreterwahlen sind 157 Stimmen für die Polen und 26 Stimmen für die Deutschen abgegeben worden. Vorher kam man überein, ohne Wahlkampf die Hälfte Polen und die Hälfte Deutsche zu wählen. Nachdem jedoch während der Wahlen manche deutsche Wähler anfangen, die Polen auf den Zetteln zu streichen, mußten die Polen zu demselben Mittel greifen, anders sonst hätten sie leicht durchfallen können. Diese Wahlen haben gezeigt, daß die Polen in Gerthe die Mehrheit der Parochianen bilden. Es wird hier erzählt, die Deutschen gingen mit der Absicht um, die Wahlen für ungültig zu erklären. Nun gut, bei den

neuen Wahlen wird aber nicht ein einziger Deutscher gewählt werden.

Aus Nr. 133 des Wiarus Polski (Bochum)

vom 11. Juni 1905:

Die preussische Polizei gegen die Sokols.

All Heil! Das deutsche Vaterland ist gerettet! So mancher, welcher dies lesen wird, wird denken, daß man dort irgend welche gefährlichen Spione abgefaßt hat! Aber wo denn! Man hat noch etwas viel schlimmeres entdeckt:

Der Sokolverein in Barmen entschloß sich dazu, sich eine Fahne anzuschaffen, deren Einweihung am verflossenen Sonntage erfolgen sollte. Alles lief in bester Ordnung ab, alles wurde zugesagt. Die Fahne sollte am Sonntag, Vormittags um 9 Uhr, eingeweiht werden. Sogar mit einem Umzuge durch die Stadt erklärte man sich einverstanden. Mit einem Mal kommt in den letzten Tagen die Mitteilung, daß der Umzug nicht gestattet werde.

Aus diesem Grunde begab man sich wie ein jeder konnte in die Kirche, um der Andacht beizuwohnen und wo die Einweihung der Fahne erfolgen sollte. Es waren auch zwei Fahnen der Nachbarvereine zur Stelle, welche der neuen Fahne Assistenz leisteten. Es hatten sich sehr viele Landsleute aus verschiedenen Gegenden eingefunden. Ein jeder freute sich, daß er der Einweihung beiwohnen kann, und erwartete klopfenden Herzens, nachdem die Andacht vorüber war, die Einweihung der Fahne. Da wurden aber schon die Kerzen auf den Altären ausgelöscht, die Einweihung der Fahne aber augenscheinlich vergessen, denn mit einem Mal tritt der Kirchendiener an die Fahnenträger heran und erklärt, daß es Zeit sei, nach Hause zurückzukehren und begleitete die Fahne bis an die Kirchentür. Die Fahnenträger wickelten schnell die Fahne zusammen, und kehrten, indem sie dieselbe auf die Schulter nahmen, nach dem Vereinslokale zurück. Als wir die Straßen passierten, war bei dem Anblick so vieler „Maciejowki's" (viereckige polnische Mütze) eine gewisse Scheu zu bemerken, hier und dort hatten ein preussischer Polizeiergeant mit einigen in Zivil gekleideten Herren auf alles ein scharfes Auge.

In dem Saale angelangt, erzählten wir uns von der Gleichberechtigung, von diesem und jenem. Aber auch hier wurden wir nicht allein gelassen.

Es zeigten sich preussische Uniformen, und hinter diesen unbekannte Ankömmlinge. Unter anderen erkannten wir einen Kriminal-Polizeibeamten aus Essen. Jede unserer Bewegungen wurde beobachtet und sogar das Mittagessen durch die geehrte preussische Polizei beaufsichtigt, vielleicht aus dem Grunde, damit nicht etwa eine falsche Speisefarte vorgelegt werde. Genug, als die Turnübungen begannen, hatte die Polizei Gelegenheit sich zu überzeugen, daß die Polen und besonders die Sokols ziemlich starke Muskeln und breite Brüste haben, welche vielleicht wiederum bei einem Metz oder Sedan von Nutzen sein könnten. Dort könnten sie sich wiederum auszeichnen, aber hier, wo das Vaterland Ruhe hat, hier ist es nicht gestattet, daß diese Muskeln sich entwickeln können, hier ist es nicht gestattet, daß die Brust frei aufatmen kann.

Also am Sonntag konnte sich jeder überzeugen, was wir tun müssen. Ebenso haben auch die Kameraden aus Barmen zuviel vertraut, daß in Preußen Gleichberechtigung besteht, da sie bis zum letzten Augenblicke hofften, daß ihnen gestattet werde, den Aufzug ungewollungen zu veranstalten. Möge dieser letzte Fall für jeden eine Lehre sein, daß man sich keiner Täuschung

hingeben darf. Man soll sich also vor dem Feinde nicht erniedrigen, denn das ist eines Polen nicht würdig, denn das schickt sich nicht für einen Sokol. Verlassen wir uns nur auf uns selbst, denken wir nur an die eigenen Kräfte, sehen wir uns nicht nach fremder Hilfe um, und wir werden unserer Sache einen Dienst erweisen. All Heil!

„Ein Sokol.“

Sozialdemokratisches.

Aus Nr. 22 des Kraj (Petersburg)

vom 3. (16.) Juni 1905:

Der Zwiespalt unter den galizischen Sozialdemokraten.

Die jüdischen Sozialdemokraten haben nach dem Beispiele und auf Anreizung des „Bundes“ Schritte unternommen, um sich von der „Polnischen sozialdemokratischen Partei“ loszureißen. Obwohl von den drei gegründeten besonderen Organisationen in Lemberg, Przemyśl und Krakau sich nur die letztere den Anforderungen zur Einigkeit und Eintracht entschieden widersetzte, so steht es heute doch fest, daß die separatistische jüdische Bewegung schon in nächster Zeit die alttestamentarische Genossen den Reihen der polnisch-sozialistischen Partei entführen wird.

Zwischen dem christlichen Arbeiter und den jüdischen traten sogar unter der strengen Disziplin der sozialistischen Organisation stets ernste Unterschiede in die Erscheinung, welche der abweichenden Kultur, den verschiedenen Idealen und Konfessionen, den oft widersprechenden Interessen entsprangen. Diese Unterschiede steigerten sich unter dem Einflusse des Zionismus. Der „Bund“, welcher offenbar den Zusammenschluß aller jüdischen Sozialdemokraten anstrebt, gleichzeitig aber im Schoße der Sozialdemokratie alle nationalen Faktoren leidenschaftlich bekämpft, unternahm nach dieser Richtung hin eine wohlwollende Propaganda.

Die Hauptleiter der galizischen Sozialdemokratie wehren sich vor dieser Trennung, welche zweifellos das Ansehen der Partei schwächen wird. Zwei verschiedenartige Organisationen werden sich schwerlich vor dem Wettbewerb schützen können. Bei diesem Wettbewerbe können die gemäßigten Elemente nur gewinnen. Andererseits aber müssen wir bedenken, daß die sozialdemokratische Partei in Galizien sich bis jetzt fürchtete, in nationalen Angelegenheiten geradezu feindlich aufzutreten. Anders wird sich die Sache verhalten mit der eigenartigen jüdischen Organisation, welche das Programm des „Bundes“ annehmen und vom „Bunde“ geleitet werden wird. Mit Recht bemerkt dazu die Lemberger Gazeta Narodowa, daß ein solches neues Gebilde in der Landesorganisation ein neues Element schaffen würde, welches durch nichts mit der Überlieferung und Vergangenheit des Landes verbunden sei und oftmals den nationalen Interessen feindlich gegenüberstehen würde. Die natürliche Folge seiner Tätigkeit könnte leicht unter der polnischen Gesellschaft eine Reaktion in Gestalt der Zunahme des Antisemitismus hervorrufen.

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 130 der Nova Reforma (Krakau)

vom 8. Juni 1905:

Fürst von Bülow.

Deutschland liefert viele verschiedene Gegenstände billiger, als andere Länder. Unter der Herrschaft

Wilhelms II. gingen dort auch die verschiedenartigsten Titel im Preise herunter. Den besten Beweis dafür liefert in jüngster Zeit die Verleihung des Fürstentitels an den jetzigen Reichskanzler, Grafen v. Bülow. Bismarck erhielt den Titel erst, nachdem er den dritten Krieg siegreich zu Ende geführt, in diesem Kriege die Macht des Erbfeindes Deutschlands vernichtet, Deutschland geeinigt, es zu den mächtigsten Reichen erhoben und den Hohenzollern den Weg zum Kaiserthron geebnet hatte. Es war zu erwarten, daß nach einem derartigen Vorgange die deutschen Monarchen nicht zu freigebig mit der Verleihung dieses Titels für politische Verdienste sein würden. Indes erhielt ihn jetzt Graf v. Bülow für weniger große Verdienste.

In Berlin ist man der Ansicht, daß dies die Belohnung für den Abschluß der Handelsverträge und für die Demütigung Frankreichs in der marokkanischen Angelegenheit sei. Die Tatsache, daß die Standeserhebung Bülows gerade in dem Augenblick veröffentlicht wurde, als sein französischer Mitbewerber auf dem Gebiete der auswärtigen Politik seinen Abschied einreichte, macht sogar den Eindruck einer politischen Kundgebung. Die Hauptveranlassung jedoch zu dieser außerordentlichen Auszeichnung Bülows war das kaiserliche Wohlwollen, welches er sich in höherem und dauernderem Maße zu erwerben verstand, als andere preußischen Staatsmänner.

Und es läßt sich nicht leugnen, daß der jetzige Fürst v. Bülow wie geschaffen zum Reichskanzler eines der redegewandtesten Hohenzollern ist. Er vereinigt in sich eine große politische Geschicklichkeit mit der Geschmeidigkeit eines Höfflings und eben diese Geschmeidigkeit ist für die Minister eines den absolutistischen Bestrebungen huldigenden Monarchen geradezu unentbehrlich. Weder Bismarck, noch Caprivi haben sie in dem Maße beseßen und deshalb ist es zwischen ihnen und Wilhelm II. bald zu Reibungen und Konflikten gekommen. Der greise Fürst Hohenlohe entwickelte nach dieser Richtung hin weit größere Fähigkeiten, doch übertrifft auch ihn Graf Bülow bedeutend auf diesem Gebiete. Man kann verschiedener Ansicht über seine diplomatischen Fähigkeiten sein, das muß man ihm aber lassen, daß er seine Absichten, Ansichten und Taten mit den phantastischen Regungen seines Gebieters auszeichnet in Einklang zu bringen versteht. Keiner seiner Vorgänger hat es verstanden, so glatt und witzig seinem Herrn aus der Verlegenheit zu helfen, wenn übergroße Animosität ihn in eine heikle und geradezu unangenehme Lage versetzte. Wir wollen hier von den neueren Vorkommnissen nur an die Sache mit dem Fürstentum Lippe erinnern.

Es ist daher kein Wunder, daß Wilhelm II., obwohl Beständigkeit in der persönlichen Zuneigung keineswegs zu seinen Eigenschaften gehört, seinen jetzigen Reichskanzler lieb gewonnen hat und jetzt dessen „Verdienste“ nach deutschen Begriffen so reichlich belohnte. Er konnte dies um so dreister und sicherer tun, als die Ernennung in anderer Hinsicht weder die Privatschatulle des Kaisers, noch die des Fiskus etwas kostete. Bismarck forderte seiner Zeit mehr. Er war der Ansicht, daß die preußischen Könige keine armen Fürsten schaffen dürften, denn dieser Titel verlangte eine prunkvolle Lebensweise, daß also jeder, welchem dieser Titel verliehen werden sollte, ein Vermögen von mindestens zehn Millionen Mark nachweisen müßte. Und dieser „Grundsatz“ gereichte zu seinem Besten, denn gleichzeitig mit dem Fürstentitel erhielt er zur Abrundung seines damals schon ansehnlichen Besitzes den Friedrichsruher Güterkomplex, den sogenannten „Sachsenwald“, im Werte von 3 Millionen Mark. Graf v. Bülow nahm den neuen Titel, obwohl er kein Vermögen besitzt, umsonst an. Er hat auch nicht

nötig, Schätze zu häufen, weil seine Gattin ihm keine Nachkommenschaft schenkte, er persönlich dagegen bescheiden lebt.

Diese Ernennung ist gleichzeitig ein Beweis dafür, daß alle Gerüchte, daß die Stellung Bülows erschüttert wäre, nicht auf Wahrheit beruhten. In letzter Zeit hatte es mehrmals den Anschein, als ob sie wirklich ernstlich bedroht wäre. Unter den Sachen, wegen derer dem Reichskanzler ein baldiger Sturz prophezeit wurde, war namentlich der neue deutsche Zolltarif, der große Binnenlandskanal, der Krieg mit den Hereros und in neuester Zeit die Bergwerksnovelle. Jedesmal jedoch verstand er zwischen der Schlla und Charybdis hindurchzuschwimmen. Über Erwarten günstig endete für ihn namentlich die letzte Angelegenheit. Als während des letzten großen Bergarbeiterstreiks in Westfalen und der Rheinprovinz die Arbeitgeber sich zu keinen Zugeständnissen verstehen wollten und die Fortdauer des Streiks Deutschland mit einer großen wirtschaftlichen Katastrophe bedrohte, machte ihm Bülow durch ein feierliches Versprechen, daß er die Forderungen der Bergarbeiter mittelst einer besonderen Novelle, die er binnen kurzem dem Landtage vorlegen werde, ein Ende. Er hielt sein Versprechen, sein Gesegnetwurf konnte die Bergarbeiter zufriedenstellen. Die Landtags-Kommission hat ihn indes so verdreht, daß von den für die Bergarbeiter in Vorschlag gebrachten Rechten und Zugeständnissen kaum Fegen übriggeblieben sind. Und es hatte schon den Anschein, als ob der Reichskanzler entweder mit dem Landtage in Konflikt geraten werde oder das den Bergarbeitern gegebene Wort nicht werde halten können, als es ihm noch im letzten Augenblick gelang, durch einen Kompromiß, welcher wenigstens seine Stellung rettete, die Gefahr zu beseitigen. Im preußischen Herrenhause wurden ihm zwar aus diesem Grunde sozial-revolutionäre Bestrebungen zum Vorwurf gemacht, doch den Ärger von dieser Seite wird er durch irgendeine antisozialdemokratische oder antipolnische Philippika, wozu er ein wahrhaft kreuzritterliches Talent besitzt, beschwichtigen.

Es ist möglich, daß Wilhelm II. Bülow auch aus dem Grunde so hochschätzt, weil er eine besondere Fähigkeit in der Herabsetzung des Ansehens der parlamentarischen Vertretungen in Preußen und Deutschland besitzt. Unlängst lieferte er einen neuen Beweis hierfür. Als am letzten Montag die deutschen Reichstagsabgeordneten, nach einem zu Hause verlebten Sonntag, in Berlin erschienen waren, erfuhren sie, daß trotz der vielen noch unerledigten Sachen der Reichskanzler schon am folgenden Tage die Sitzungen auf eine längere Zeit vertagen werde. Dieser Entschluß wurde ihnen ziemlich unerwartet mitgeteilt.

In vielen deutschen Kreisen gab man sich der Hoffnung hin, Wilhelm II. werde anläßlich der Vermählung seines Sohnes eine Amnestie für viele Preß- und politische Vergehen in Deutschland veröffentlichen. Diese Hoffnung trog — außer Bülow hat sich niemand der Gnade Wilhelms zu erfreuen gehabt.

Für die polnische Bevölkerung im preußischen Anteil hat die Standeserhöhung Bülows keine größere Bedeutung. Sie bedeutet zwar die Festigung der Regierung des Reichskanzler, welcher die antipolnische Politik Bismarcks treu nachahmt. Diese Politik jedoch hängt nicht ausschließlich von ihm ab. Über dem Kanzler steht auf diesem Gebiete noch eine größere Macht und diese ist die antipolnische Überlieferung Preußens. Mit ihr muß jeder Reichskanzler und Minister rechnen.

Aus Nr. 265 des Dziennik Polski (Lemberg)
vom 10. Juni 1905:

Die Rus über die Polen.

Anlässlich der Spende in Höhe von 950 Rubeln zur Erneuerung der Flotte seitens eines Polen, welcher in russischem diplomatischem Dienste stand, bringt die Zeitschrift Rus einen bemerkenswerten Artikel in der polnischen Frage. Das Blatt schreibt:

„Den Polen trauen wir nicht, auch wenn sie treu dem Staate dienen, und wie viele Personen protestantischen Glaubens und deutscher Abstammung gibt es nicht in diesem Dienste! Und diese Personen, mit uns weder durch Stammverwandtschaft, noch durch Gemeinschaftlichkeit des slawischen Ideals verbunden, erfreuen sich derselben Rechte, wie die Russen und niemand verdächtigt sie des Mangels an Patriotismus, niemand verlangt, daß sie zu Renegaten des Glaubens oder ihrer Abstammung würden. Nur der Deutsche hat von allen Fremden das Recht, das zu sein, was er will, er hat das Recht, ein Deutscher zu sein.

Das ist die Macht der Gewohnheit und der Überlieferung. Alle anderen nichtrussischen Nationalitäten sind bei uns verdächtig. Werden wir im schweren Augenblick der Prüfung weiter unsere Stammesgenossen und Mitbürger nur aus dem Grunde von uns stoßen, weil sie sich einer anderen Sprache bedienen und zu einem anderen Glauben bekennen!

Vergessen wir nicht, daß für die russische Soldatenehre im fernen Osten in gleichem Maße die Polen, Letten, Esthen, Litauer, Kaukasier und Muselmänner eingetreten sind. Vor allen Dingen aber haben die Polen, deren es im Kriege eine Menge gibt, zu Beschwerden keine Veranlassung gegeben, sie verhielten sich tadellos und fielen musterhaft, wie wir, zu tausenden, zu zehntausenden. Haben sie denn wirklich durch ihr vergossenes Blut und durch ihre Heldentaten niemanden davon überzeugt, daß man kein Renegat und doch ein guter Pole und Katholik sein kann, daß man für die Stiefmutter, für Rußland, alles hingeben und Heldentaten vollbringen kann! Es ist wirklich Zeit, in sich zu gehen und den Blick zu weiten; es ist Zeit, die Vorurteile abzustreifen. Mit vereinten Kräften werden wir mit Leichtigkeit nicht nur eine neue Flotte, sondern auch eine unvergleichliche Weltmacht schaffen.“

Aus Nr. 253 des Slowo Polskie (Lemberg)
vom 31. Mai 1905:

Ein Schritt vorwärts.

Wiederum eine fürchterliche Niederlage mehr in dem beispiellosen Kriege, dessen schwere Katastrophe auch nicht der geringste Erfolg des russischen Schwertes unterbricht. In diesem Kriege schwindet der Kriegsruf Rußlands, seine Weltmacht zerbröckelt, für uns aber öffnet sich, gewissermaßen als Entgelt für die vielen so teuer bezahlten und schmerzlichen Kraftaufbietungen, für das von unseren Feinden im fernen Osten so reichlich geopferte polnische Blut — eine glückliche Zukunft.

So verlangt es der Gang der Ereignisse. Wir würden lügen, wenn wir sagten, wir empfänden Mitleid mit dem besiegten Feinde. Wären wir mit dem Schwerte besiegt worden, könnten wir uns von einer Gefühlsregung fortreißen lassen. Wir wurden durch Verrat, durch eine in Europa nicht gekannte Arglist, durch Ausbeutung unserer naiven Schlichtheit und leichtfertigen Weichherzigkeit besiegt.

Unser schweres Los hat uns viele, in dem ehemaligen Polenreich seltene Tugenden gelehrt. Es lehrte uns namentlich, daß, wenn auch andere heute

für unser Wohl kämpfen, sie doch vor allen Dingen für sich selbst kämpfen; daß, wenn auch ohne große Mühe von unserer Seite, unsere Lage sich mehr verbessert, als früher bei den größten Opfern — das bedeutet jedoch nicht, daß wir gerade durch unsere Schwäche stark wären.

Einen wahrhaft dauernden Erfolg kann nur die Nation selbst sich sichern. Sie kann ihn sich sichern durch eine mannhafte, kühne, entschiedene Haltung. Wir müssen leichtfertige Ausbrüche, grelle aber kurz bemessene Mittel fleißig vermeiden, aber auch jede untertänige, unsere Nationallehre verletzende Schwäche beiseite legen. Es ist nicht die Zeit zu Straßenkrawallen oder zu Verbeugungen in den Vorzimmern.

Die übrigen Täuſchungen der Anhänger beider Arten von Politik, der Anhänger der Demagogie und der Versöhnung, müßten angesichts der letzten Erfahrungen aufhören. Der Augenblick, in welchem diese beiden Richtungen der Nation eine wahre Niederlage hätten bereiten können, ist beinahe vorüber. Sicherlich müssen wir nach dieser Richtung stets ein wachsameres Auge haben, aber wir müssen uns immer mehr bemühen, unsere nationalen Vorräte zu heben. Die einmal auf die eigentlichen Bahnen gelenkte Energie der Nation wird sich nicht so leicht erschöpfen, sie wird sich im Gegenteil noch mehr heben. Die Lage der ganzen Nation, nicht nur der von Rußland annektierten Länder schwanktaugenblicklich, d. h. sie steht auf der Waagschale. Das Sichbewußtsein dieser Bedeutung muß auf unsere Stellung Rußland gegenüber von günstigem Einfluß sein. Wir wissen recht gut, daß die uns gemachten Zugeständnisse nicht das Ergebnis des guten Willens sind, sondern der Schwäche des Feindes. Nicht von dem guten Willen der Regierung oder von der russischen Opposition, welche in ihrem Memorial die polnische Frage vollständig übergangen hat, hängen unsere weiteren Errungenschaften ab. Den Leichtgläubigen und Schwachen, in ihren Handlungen Zersplitterten wird der Feind, wenn er auch noch so sehr geschwächt ist, keine Aufmerksamkeit schenken.

Den russischen Staat überragen wir durch die Kultur vieler Jahrhunderte. Die im Herzen des Zarenreiches der Regierung gegenüber zur Anwendung gebrachten Mittel können nicht immer für die polnischen Landesteile geeignet sein. Über die einseitige Solidarität mit der russischen Opposition muß die Solidarität mit der eigenen Gesellschaft gestellt werden. Eine derartige Solidarität sämtlicher Kräfte in der Gesellschaft wird zweifellos in einer noch einheitlicheren, also auch erfolgreicheren Aktion in die Erscheinung treten.

Die rechtlich-politische Sonderstellung und Selbstständigkeit des Königreichs Polen ist in erster Linie von der wirklichen polnischen Politik im Verhältnis zu der russischen abhängig.

Aus Nr. 268 des Dziennik Polski (Lemberg)
vom 11. Juni 1905:

Nationalität und Religion.

Lemberg, den 10. Juni.

Die Zeitschrift Polak w Ameryce (Der Pole in Amerika) ist nach einer Reihe von Artikeln unter der Überschrift: „Ob wir uns entnationalisieren werden?“ zu der Schlussfolgerung gekommen, daß die amerikanischen Polen sich nur in dem Falle nicht entnationalisieren würden, wenn sie fest und unerschütterlich zu der katholischen Kirche halten und wenn sie die Erziehung ihrer Kinder auf die polnischen Schulen stützen würden. Wer der katholischen Kirche abtrünnig wird, wer mit den polnisch-katholischen Schulen bricht, der wird sich

selbst, und wäre er auch der größte Patriot, oder seine Kinder entnationalisieren. Hierfür haben wir doch wohl genug Beweise. Nach den verschiedenen polnischen Aufständen wanderten viele unserer Patrioten aus und siedelten sich in der Schweiz, in Frankreich und anderen Ländern an. Es waren das keine Dugendpatrioten, wie sie häufig bei uns vorkommen, sondern Patrioten im wahren Sinne des Wortes.

Was ist aus diesen Patrioten geworden? Das, was aus allen Menschen wird, sie sind zur Ewigkeit übergegangen. Und wo sind ihre Kinder geblieben? Manche von ihnen änderten ihre Namen und wurden Schweizer oder Franzosen, andere führen zwar polnische Namen, aber sie denken, fühlen und sprechen nicht mehr polnisch, d. h. sie entnationalisierten sich und wurden Fremde.

Diese Patrioten oder deren Kinder entnationalisierten sich, weil ihnen die polnischen Kirchen und Schulen fehlten, weil sie keine Unterlage hatten, auf die sie sich selbst oder die Erziehung ihrer Kinder hätten stützen können. Auch in den Vereinigten Staaten haben wir — schreibt der Polak — viele Polen, welche nach dem Jahre 1831 oder 1848 hier zugewandert waren und doch bekennen sich keiner von ihnen mehr zu der polnischen Nationalität, weil sie mit den Polen, mit den polnischen Sitten und Gebräuchen gebrochen haben. Wir kennen selbst einige solcher Amerikaner polnischer Abstammung. Es sind dies meist wohlhabende Leute, manche von ihnen besitzen sogar Millionen.

Als sie hier einwanderten, fanden sie keine polnischen Ansiedelungen, keine polnischen Kirchen, sie schlossen sich also den Amerikanern an, traten den Freimaurerlogen bei und wurden schon in der ersten Generation selbst Amerikaner, die zweite Generation aber will sogar nichts mehr davon wissen, daß sie von der polnischen Nationalität abstamme. Diese Polen sind ein für allemal für die Kirche und das Vaterland verloren, und so wird es allen Polen aus der liberalen Partei ergehen, welche die katholischen Kirchen selbst meiden und ihre Kinder nicht in die polnischen Schulen schicken.

Nun wollen wir einmal sehen, wie der von den allpolnischen Demokraten beherrschte polnische Nationalverband arbeitet:

„Indem sie aus dem polnischen Nationalverbande eine große, angeblich patriotische Organisation machen wollten, fingen sie an, mit den polnischen Sozialdemokraten zu liebäugeln, welche Gelüste damit endeten, daß die polnischen Sozialdemokraten geschlossen dieser Organisation beitraten.“

Die Reihen des polnischen Nationalverbandes haben sich zwar vermehrt, aber die Sozialdemokraten, nachdem sie einmal der Organisation beigetreten, fingen gleich mit den Organisationsführern Streit an. Jetzt erst sahen die Führer ein, daß sie durch die Aufnahme der Sozialisten in ihre Mitte eine fürchterliche Dummheit begingen; sie überlegen nun, wie sie die unbequeme Last loswerden sollen, doch die Sozialisten halten fest zusammen und werden, dem Verbande einmal beigetreten, sich nicht so leicht von ihm trennen. Der „Polnische Nationalverband“ garantiert ihnen ein Sterbegeld, sie haben Gelegenheit, unter den Verbandsmitgliedern für ihre sozialdemokratische Partei Genossen zu werben und wenn sie irgendeine Dummheit oder Schurkerei begehen, so geht das auf die Rechnung des Verbandes und nicht auf die der Sozialdemokraten.

Es ist das eine bequeme Sache, nicht auf die eignen, sondern auf fremde Rechnung Unheil zu stiften. Gegenwärtig nehmen die Sozialdemokraten eine so mächtige Stellung in dem Polnischen Nationalverbande ein, daß sie, anstatt sich herauschmeißen zu lassen, die bisherigen Führer selbst hinauswerfen werden, und der Organisation anstatt eines patriotischen einen sozialistischen Anstrich geben werden. Wollte Gott, daß wir uns irrten, dann immerhin wäre es schade um die tausende von Katholiken, welche in gutem Glauben dem Polnischen Nationalverbande angehören.“

Wie wir also sehen, ist das dieselbe Geschichte, wie bei uns mit den Allpolen und der berühmten Pariser „Koordination“. Nur daß dort, jenseits des Ozeans, deren Arbeit zur Entnationalisierung führt, bei uns aber mit einer politischen Hanswursterei endet.